



Der Rote Faden

Informationen der Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bayreuth Anette Kramme, MdB
Ausgabe I/2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Nürnberger Oberbürgermeister Uli Maly hat die beiden letzten Landtagswahlen in Deutschland mit den Worten „Hessen wie erhofft, Niedersachsen wie erwartet“ kommentiert. Dem kann ich mich nur anschließen. Doch gerade in Hessen hat sich gezeigt, dass die Menschen sehr oft sachliche Aussagen populistischem Getöse vorziehen.



Anette Kramme, MdB

Auch in Bayern stehen heuer zwei wichtige Wahlen an. Am 2. März gilt es, in den Kommunen und Landkreisen der SPD in Oberfranken Auftrieb zu geben. Wir müssen uns auf unsere Stärken konzentrieren und Politik nach unseren Grundwerten gestalten.

Wir müssen den Wählerinnen und Wählern verdeutlichen, dass uns Bildung und Erziehung wichtiger sind als härtere Strafen, denn Bildung und Ausbildung waren schon immer die besten Mittel gegen Jugendkriminalität.

Auch die Landtagswahlen im Herbst sind von entscheidender Bedeutung. Ich sehe gute Chancen, dass die CSU ihre absolute Mehrheit verlieren wird. Wir sind für beide Wahlen hervorragend aufgestellt. Lasst uns einen Wahlkampf gestalten, der die Menschen überzeugt. Mit Mut, Ausdauer und menschenbezogener Politik.

Mit solidarischen Grüßen

Eure Anette

In dieser Ausgabe

Anette Kramme vor Ort
Veranstaltungen
Pressemitteilungen
Reden im Bundestag
Aus den Ortsvereinen
Blick nach Forchheim
SPD Bayreuth
Aktuelle Themen
Wir gratulieren
Termine



Bayern

SPD

Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Anette Kramme, MdB

Redaktion: Oliver Winkelmaier, Telefon: 0921-8701111, Telefax: 0921-8701254, E-Mail: roter-faden@anette-kramme.de

Abonnement kostenlos, per Mail oder per Post – Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2008

Gerne veröffentlichen wir Berichte der Ortsvereine, Arbeitsgruppen etc. über Ihre Aktivitäten, z. B. Ergebnisse von Vorstandswahlen, erfolgreiche Aktionen oder Veranstaltungen. Bitte sendet uns Eure Berichte baldmöglichst zu. Gerne auch mit Bild.

Eigenbericht von Rolf Dzedzeck vom 30. Januar 2008

Bundestagsabgeordnete Anette Kramme besuchte Marktzeuln

Einen Besuch stattete die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme der Marktgemeinde Marktzeuln ab.

Sie wurde dabei von 1. Bürgermeister Josef Stark und 3. Bürgermeister Rolf Dzedzeck begrüßt. Auch SPD-Kreisvorsitzender Winfred Bogdahn ließ es sich nicht nehmen der Zusammenkunft beizuwohnen.

Die Abgeordnete betonte, dass sie sich auch in ihrer Eigenschaft als SPD-Bezirksvorsitzende über ihren eigenen Wahlkreis hinaus Eindrücke von Gemeinden und deren Sorgen und Probleme machen möchte.



So nahm sie zunächst die Ausführungen von Bürgermeister Stark über die Situation der Marktgemeinde mit Interesse entgegen. Besonders interessiert zeigte sie sich an den von Josef Stark und Winfred Bogdahn zur Sprache gebrachten Verkehrsproblemen hinsichtlich B173 und LIF 13. Beide sprachen gegenüber der Abgeordneten die eindringliche Forderung nach einer schnellstmöglichen Planfeststellung aus.

Auch Anette Kramme sah in Anbetracht der Verkehrsprobleme in Trieb, Hochstadt und Marktzeuln die Realisierung der Planfeststellung in Form der Südtrasse als besonders dringend an, wobei sie auch die Dringlichkeit im Einklang mit der LIF 13 unterstrich.

Die kommunalen Vertreter baten die Bundestagsabgeordnete sich vor allen Dingen nachhaltig um die weitere Absicherung der für die B173 zur Verfügung stehenden Gelder für die B173 einzusetzen.

Frankenpost vom 23. Januar 2008

Plädoyer für Erhalt der Hauptschulstandort Florian Pronold und Anette Kramme zu Gast im Goldkronacher Rathaus



Im Rahmen seiner Oberfrankentour hat der stellvertretende Vorsitzende der Bayern-SPD, Florian Pronold, die Stadt Goldkronach besucht. Mehrere Stadtratsmitglieder und Bürgermeister Günther Hoppert empfingen den Bundestagsabgeordneten im Rathaussaal. Hoppert stellte dem Gast die Stadt vor. Leider, so der Bürgermeister, sei es nicht gelungen, die Hauptschule im Ort zu erhalten. Hoppert bat Pronold, sich dafür einzusetzen, dass nicht noch mehr Hauptschulstandorte aufgelöst werden, und es am Schluss nur noch zwei große Hauptschulen im Landkreis gebe.

Pronold meinte hierzu, dass auch die Wirtschaft an dieser Misere mit schuld sei. Die Messlatte bei der Einstellung von Lehrlingen sei angehoben worden. Früher habe ein Hauptschüler den Ausbildungsplatz erhalten, jetzt müsse es schon ein Realschüler sein. Durch die Herabstufung ihrer Schulen verlören die betroffenen Gemeinden an Wohnqualität. Deshalb müssten die noch verbleibenden Schulstandorte erhalten bleiben, so Pronold.

Die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme machte auf ein Programm für schon länger arbeitslose Jugendliche aufmerksam, das eventuell für die ortsansässigen Firmen interessant sein könnte. Bürgermeister Hoppert beklagte auch die zum Teil schlechte Versorgung in der Gemeinde mit leistungsfähigen DSL-Anschlüssen und erkundigte sich nach einem derzeit anlaufenden Förderprogramm.

Weiter wies er darauf hin, dass in Goldkronach ein weiterer Knotenpunkt für eine bessere Versorgung zum Preis von 100 000 Euro eingerichtet werden müsse. Sollte eine Förderung möglich sein, wäre die Stadt wohl bereit, ihren Anteil zu tragen. Pronold versicherte, er werde sich in dieser Angelegenheit erkundigen. Bürgermeister Hoppert beschwerte sich darüber, wie die Dorferneuerung, speziell die in Nemmersdorf, vonstatten gehe. Das alles sei doch sehr langatmig. Habe es Zu Beginn noch eine Förderzusage von 65 Prozent gegeben, so sei der Beginn so lange hinausgeschoben worden, bis der Förderanteil auf 50 Prozent gesunken sei. Nun müsse man erhebliche Einschränkungen hinnehmen. Pronold riet dazu, immer wieder nachzuhaken, und zwar speziell heuer. Martina Neubauer brachte das Thema Fichtelgebirgsautobahn in die Diskussion.

Die beiden Bundestagsabgeordneten Pronold und Kramme sowie SPD-Landratskandidat Karl Lothes sprachen sich deutlich gegen deren Bau aus. Doris Bude beschwerte sich über die lange Ausbildungszeit bei Kindererzieherinnen über den immer größer werdenden Verwaltungsaufwand in den Kindergärten sowie über die Personalknappheit in diesen Einrichtungen.

Ein weiterer Dorn im Auge sind Doris Bude die Lastwagen, die vermehrt Landstraßen als Ausweichrouten benutzen. Florian Pronold erklärte hierzu, dass es die Möglichkeit gebe, solche Straßen für so genannte Mautflüchtlinge sperren zu lassen, jedoch halte sich die bayerische Staatsregierung bei solchen Sperrungen sehr zurück.

Obermain-Tagblatt vom 22. Januar 2008

Für Pflegezeiten und Mindestlohn Landesgruppenleiter Florian Pronold als prominenter Wahlhelfer für SPD

Prominente Gäste hatte der SPD-Ortsverein Altenkunstadt bei einer Wahlveranstaltung am Sonntag. Florian Pronold, der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Leiter der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, die Bundestagsabgeordnete und oberfränkische Bezirksvorsitzende Anette Kramme und die Landtagsabgeordnete Christa Steiger. So hätten der SPD-Ortsverein Altenkunstadt mit dem Bürgermeisterkandidaten Karlheinz Hofmann an der Spitze und die Sozialen Bürger gute Listen aufgestellt. Es lohne sich, wenn sich Bürger für die Kommunalpolitik engagieren und neue Ideen einbringen. Die SPD in Bayern setze sich schon seit langem für Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kinderbetreuung, Ganztagschulen und die Ausbildungsplatzsituation auf dem flachen Land ein. In diesen Tagen werde die SPD das Kindergartenpersonal aus ganz Bayern zu einem „Erzieherinnen-Tag“ einladen. Dass sich dafür rund 500 Erzieherinnen angemeldet haben, zeige, dass die Entscheidungen der Bayerischen Staatsregierung auf dem Gebiet der Kinderbetreuung keine Verbesserungen ergeben haben und dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Kandidaten der Sozialen Bürger stellte Frank Novotny vor und die SPD-Kandidaten Karlheinz Hofmann. Soziale Anliegen sprach der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold an. Die Pflegeversicherung müsse verbessert werden.



Ähnlich wie bei Familien mit Kindern sollte es Berufstätigen, die sich eines pflegebedürftigen Familienangehörigen annehmen, ermöglicht werden einmal zehn Tage im Jahr dafür frei zu nehmen. Trotz des Widerstands von CSU und CDU werde sich die SPD weiterhin bemühen, den Koalitionspartner von einer Verbesserung der Pflegeversicherung zu überzeugen, um den Menschen zu helfen. Das Konjunkturprogramm habe vielen Menschen eine neue Beschäftigung gebracht. Allerdings werde die SPD dagegen vorgehen, dass die Leiharbeitsverhältnisse ständig zunehmen und es vielerorts Lohndumping gebe. Dies bedeute auch, dass es flächendeckende Mindestlöhne geben müsse, damit der Staat nicht weiterhin im Jahr rund 1,5 Milliarden zur Aufstockung von Niedriglöhnen ausgeben muss, damit diese Menschen ein Auskommen haben. „Alle, die am Wohlstand mitarbeiten, sollten davon profitieren und eine gute Arbeit muss auch entsprechend bezahlt werden“, betonte Pronold.

Er ermutigte alle, die ehrenamtlich tätig sind, weiterhin dazu beizutragen, dass der soziale Zusammenhalt in der Gemeinschaft funktioniert. Die Bundestagsabgeordnete und SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme aus Bayreuth kritisierte Auswüchse bei der Leiharbeit: „Es kann nicht sein, dass Arbeitsverträge beispielsweise nur für fünf Tage abgeschlossen werden“. Berufstätige müssten für die gleiche Arbeit auch die gleiche Bezahlung erhalten. Vielerorts verdränge die Leiharbeit sogar die regulären Beschäftigungsverhältnisse. Sie warnte auch vor Missbrauch bei langen Praktikumszeiten.

Praktikanten sollten nach einigen Monaten in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen werden und nicht, wie man häufig feststellen müsse, fast ein Jahr lang mit Aufgaben betraut werden, ohne dass ihnen anschließend ein Ausbildungsplatz in Aussicht gestellt werden, ohne dass sie eine entsprechende Vergütung oder ein Zeugnis erhalten. Ein Bewerberprogramm solle jungen Menschen helfen, die sich mehrmals um einen Ausbildungsplatz bemühten und keinen Erfolg hatten. Künftig würden Unternehmen gefördert, die einen derartigen Ausbildungsplatzbewerber einstellen und man hoffe, dass sich dadurch die Arbeitsplatzsituation weiter verbessere.

Eigenbericht vom 22. Januar 2008

Hallstadt steht gut da

Anette Kramme und Florian Pronold machen sich ein Bild vor Ort



Gemeinsam mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Bayern-SPD Florian Pronold stattete die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme der Stadt Hallstadt einen Besuch ab. Bürgermeister Erwin Braun empfing die beiden Bundespolitiker im Rathaus und verschaffte ihnen einen kurzen Einblick über die Kommune. „Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht, Hallstadt steht gut da“, so Braun.

Die geschaffene Kinderkrippe würde sehr gut angenommen, überhaupt nehmen die Eltern die verschiedenen Einrichtungen sehr gut an.

Probleme gäbe es noch im Verkehrsbereich. Die Bundesstraße führe direkt durch die Stadt und bei der Umgehungsstraße im Westen gäbe es noch diverse Schwierigkeiten. „Eine Studie hält uns jedoch deutlich vor Augen, dass und ohne diese Umgehung in wenigen Jahren ein Verkehrsinfarkt in der Innenstadt droht“, mahnte Braun.

Mit recht stolz sein kann Bürgermeister Werner Braun auf seine im Energiebereich geschaffenen Maßnahmen. „Sein Steckenpferd“, wie Braun es bezeichnet, trage große Früchte. So sei beispielsweise bei der Sanierung der Schule speziell auf Regenwassernutzung, Blockheizkraftwerk und andere energetisch sinnvolle Maßnahmen geachtet worden. „Allein durch die Regenwassernutzung sparen wir 75 Prozent Trinkwasser ein“.

Lobende Worte fanden Kramme und Pronold für die von der Stadt an die Betriebe gezahlten Zuschüsse zur Lehrlingsausbildung. „Zusammen mit von der Bundesregierung aufgelegten Maßnahmen sind solle kommunalen Zuschüsse der richtige Weg, Jugendliche in Arbeit zu bringen“, so Anette Kramme.

Pronold lobte die SPD in Hallstadt als aktiven Ortsverein, der hervorragende Kommunalpolitik mache. „Die Menschen honorieren dies“, so Pronold. Es sei enorm wichtig, dass hier die Weichen für die Zukunft richtig gestellt werden. Dies spiegele sich darin wieder, dass sich das Wählerbild in Hallstadt gewandelt habe. „Ihr habt die Menschen von den Vorzügen sozialdemokratischer Politik überzeugt“.

Nordbayerische Nachrichten vom 4. Dezember 2007

Kein Ersatz für Oldtimer: „So geht das nicht“ THW-Chef Rudi Unger richtet leidenschaftlichen Appell an SPD-Sicherheitsexperten Frank Hofmann

THW-Chef Rudi Unger und der THW-Geschäftsführer aus Hof, Dieter Stern, brachten dem innenpolitischen Sicherheitsexperten der SPD, Frank Hofmann, gestern die Probleme des Technischen Hilfswerks nahe. Der Politiker kam auf Einladung von MdB Anette Kramme nach Pegnitz. Am Abend referierte er über „Sicherheitspolitik mit Außenmaß“.



Rudi Unger hielt eine ebenso kurze wie engagierte Begrüßungsrede. „Wir haben gegenüber dem Bürger die Verpflichtung, einfühlsam, prägnant und sofort zu helfen. Die Politik hat für das erforderliche und entsprechende Werkzeug zu sorgen. Derzeit aber können Fahrzeuge, die bereits 20 Jahre auf dem Buckel haben, nicht ersetzt werden. So geht das nicht!“ Es muss permanent an der Ausrüstung gearbeitet werden, wenn man die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer weiterhin will, so Unger. „Das THW ist die einzige Hilfsorganisation, die vom Bund unterhalten wird. Die ehrenamtlichen Helfer müssen in Ruhe arbeiten dürfen. Bitte informieren Sie die Kollegen im Bundestag deshalb darüber, was das THW leistet“, so der Appell von Unger, der seit 40 Jahren in dieser Organisation tätig ist, davon 33 Jahre in leitender Position.

Anette Kramme nannte diese Organisation eine „schlagkräftige Gruppe“. Bundesweit gibt es nur 800 hauptamtliche Mitarbeiter, aber bis zu 80000 ehrenamtliche Helfer. Sie zeigte sich stolz, dass die Verminderung auf 700 hauptamtliche Mitarbeiter verhindert werden konnte. Frank Hofmann berichtete, dass „eine Konsolidierung“ mit Stellenkürzungen bei THW, Polizei und Bundesgrenzschutz abgewendet worden ist. „Die Mittel sind auf einige Jahre gesichert“. Das THW soll weiterhin richtig und gut positioniert werden, die Leistung des THW, besonders auch im Ausland, bringe hohes Ansehen.

„Bei dringender Soforthilfe sind wir weltweit die Besten“, so Hofmann, der sich „wirklich stolz“ auf das THW zeigte. Er betonte, dass die beständige Hilfe im Inland absolut wichtig ist: Bei unserer empfindlichen Infrastruktur kann das Nichtfunktionieren sehr schnell große Probleme hervorrufen.

Beim THW Pegnitz gibt es 43 aktive Helfer, 22 Jugendliche in Ausbildung und etwa 18 bis 20 Alt- und Reservehelfer. Dieter Stern gab Hofmann einen umfangreichen Forderungskatalog mit auf den Weg. Besonders traurig sei er darüber, dass ein Großteil der erwirtschafteten Gelder an den Bund abgeführt werden muss. Es wurde auch die Aussage von Kreisbrandrat Hermann Schreck bei der Feuerwehr-Hauptversammlung zitiert: „Die Zukunft wird uns bestrafen, wenn wir nicht zusammenarbeiten“. Im Gespräch wurde deutlich, dass es eine „von oben verordnete Zusammenarbeit“ nicht geben kann.

Es gelte vielmehr, „Gefahrenabwehr von unten nach oben“ zu praktizieren. Die örtliche Zusammenarbeit der Sicherheits- und Hilfsdienste sollte auf kommunaler Ebene durch gemeinsame Koordination zu organisieren sein. Auf die Frage, ob es für die übergroßen Belastungen der Anrainer an der A9 besondere Hilfen oder höhere Förderungen der Hilfs- und Rettungsdienste gibt, antwortete Hofmann mit einem deutlichen „Ja“; im Bereich des Bundesetats gibt es zusätzliche Gelder, jedoch scheint das Antragsverfahren schwierig zu sein. Er sicherte eine genaue Recherche zu diesem Thema zu, um zuverlässige Informationen geben zu können. Hofmann teilte weiter mit, dass bundesweit auch für die Jugendarbeit in den Organisationen mehr Geld gelockert wurde.

OV Heinersreuth

Nordbayerischer Kurier vom 16. Dezember 2007

Seit Jahrzehnten treu Ehrungen beim SPD-Ortsverein Heinersreuth

Der SPD-Ortsverein Heinersreuth ehrte anlässlich der jüngsten Weihnachtsfeier aua langjährige Parteimitglieder. Viele Besucher kamen zur Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Heinersreuth in das Sportheim des SV Heinersreuth, um mit dem Bürgermeister Hans Dötsch und der Bundestagsabgeordneten Anette Kramme bei der Weihnachtsfeier ihre langjährigen Mitglieder zu ehren. Manfred Hübsch mit der Zither und die Schulkinder sangen und spielten mit Flöten Weihnachtsweisen.

Die Weihnachtsgeschichte las Tamara Böhner und Lektor Andreas Müller sprach besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest. Zu den Jubilaren meinte Hans Dötsch, es gebe Zeiten, in denen es Freude und auch Niederlagen gibt „und zu diesem steht ihr seit 25 und seit 40 Jahren für eure Partei und ihr habt ein Stück mitgeschrieben“. Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen gehört auch in das Programm der SPD. Den Jubilaren überreichten Hans Dötsch, Anette Kramme und Vereinsvorsitzender Reiner Böhner die Ehrennadel und ein Buch.

OV Waischenfeld-Aufseß

Nordbayerischer Kurier vom 4. Dezember 2007

Udo Lunz strebt Stadtratsmandat an Nominierungsversammlung bei der SPD für die Kommunalwahl 2008



Mit dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Waischenfeld-Aufseß, Dr. Udo Linz, zieht die SPD in den Waischenfelder Kommunalwahlkampf für die Stadtratswahl 2008. Einstimmig verabschiedeten die 14 anwesenden Stimmberechtigten im Gasthof Jöbstel den SPD-Wahlvorschlag auf dem auch viele Parteilose zu finden sind.

Wie Lunz (der als Gäste Bundestagsabgeordnete Anette Kramme und SPD-Landratskandidat Karl Lothes begrüßen konnte) sagte, wolle er die Arbeit seiner SPD-Vorgänger im Waischenfelder Stadtrat fortsetzen.

Damals rückte der dreifache Familienvater für den verstorbenen langjährigen SPD-Stadtrat Andreas Fuchs nach. Ein weiterer Gast der Nominierungsversammlung war der Chef des Bürgerblocks Breitenlesau-Siegritzberg (BBS), Manfred Schatz. Ebenso einstimmig wie bei der Versammlung des BBS entschieden sich die Anwesenden für eine Listenverbindung zwischen SPD und BBS. Der BBS ist auch Bürgermeister Edmund Pirkelmanns Freie-Wähler-Gruppierung. Die SPD erhofft sich dadurch mindestens wieder einen Sitz im Waischenfelder Stadtrat zu bekommen. [...]

OV Pegnitz

Nordbayerischer Kurier vom 4. Dezember 2007

Brandt-Medaille für Erhard Macha Er erhielt als erster Pegnitzer diese Auszeichnung

Als erster Pegnitzer Bürger erhielt Erhard Macha die Willy-Brandt-Medaille für sein kommunalpolitisches Lebenswerk bei der Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins Pegnitz überreicht. Macha, der seit über 60 Jahren der SPD angehört und auch Träger der silbernen Bürgermedaille ist, war viele Jahre Mitglied des Kreistags und -rates und 19 Jahre Stadtrat in Pegnitz. So war er mitverantwortlich für die Einführung des Hallennulltarifes und der Stadtmeisterschaften. Auch stand er über viele Jahre der Baugenossenschaft Pegnitz vor und wirkte in der katholischen Kirchenverwaltung mit.



MdB Anette Kramme und Ortsvereinsvorsitzender Oliver Winkelmaier überreichten den von Kurt Beck und Ludwig Stiegler unterschriebenen Ehrenbrief und die besondere Medaille dem „nimmermüden, stets antreibenden Motor der Sozialdemokratie im Landkreis Bayreuth“, wie Winkelmaier Macha in seiner Rede bezeichnete. Kramme wies darauf hin, dass gerade die Kommunalpolitik den Menschen nahe stehe und dass diese in Pegnitz von Erhard Macha entschieden mitgeprägt wurde.

Nordbayerischer Kurier vom 11. Februar 2008

„In dem älter werden der Menschen liegt Potenzial!“ Bad Bernecker SPD lud zum Expertengespräch über den Fremdenverkehr

„Können wir uns die Kur- und Tourismus GmbH noch leisten?“ mit dieser bewusst provokanten Frage eröffnete SPD-Ortsvorsitzender und Bürgermeisterkandidat Jürgen Zinnert das Expertengespräch über den Fremdenverkehr im Hotel Lindenschmühle.

Die Antwort kam ebenso prompt wie deutlich von Kur- und Tourismus GmbH-Geschäftsführer Oskar Lochner: „Wenn man so etwas – ganz unabhängig von der Rechtsform oder Bezeichnung – nicht mehr haben will, löst man den Fremdenverkehr auf“. Dass der in Bad Berneck durchaus noch Potenzial hat, darin waren sich Bundestagsabgeordnete Anette Kramme, SPD-Landratskandidat Karl Lothes, der Vorsitzende des Hotel- und Gaststättenverbandes Bayreuth Hermann Hartl, der Vorsitzende des Vereins Kunst- und Kultur im Alten Kindergarten Alexander Popp sowie Lochner selbst nach einem rund eineinhalbstündigen Fachgespräch einig.

„Dass die Menschen älter werden, auch darin liegt Potenzial“ stellte Kramme fest. Nicht nur, dass die heimische Region dann als nahes Urlaubsziel an Attraktivität gewinne, sondern auch unter dem Marketing-Gesichtspunkt „barrierefreier Tourismus“. Häufig fehle es auch nur an entsprechender Information darüber, dass beispielsweise Pflegedienste vor Ort Hilfestellungen anbieten. Unter den Aspekten „Best-ager-Tourismus“ („Beste-Lebensjahre-Tourismus“) und „medical wellness“ (medizinisches Wohlfühlerlebnis) könne in Bad Berneck durchaus etwas bewegt werden. Woran es fehle, das seien hochklassige Hotels im zertifizierten Bereich, so die Beobachtung Krammes. Das Ziel Kunststadt Bad Berneck hat es Alexander Popp angetan. Der setzt auf Beharrlichkeit, auch wenn das von Familie Hartl seinerzeit angestoßene „Kunst im Kurpark“-Projekt nicht gleich den gewünschten Erfolg gebracht habe. Karl Lothes rät, künftig verstärkt Synergieeffekte mit der Festspielzeit zu nutzen und vor allem auch an das kulturinteressierte Publikum beispielsweise aus der Stadt Bayreuth zu denken. [...]

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 10. Dezember 2007

Handel erkennt: Senioren sind keine Randgruppe Stadträtin Christine Hacker bringt Märkte in Schwung



Wie viel Service brauchen Senioren beim Einkaufen – und wie viel wollen sie wirklich? Darum ging es bei einem Treffen der Verantwortlichen des Bayreuther Real-Marktes an der Riedingerstraße mit der SPD-Stadträtin und Seniorenpolitikerin Christine Hacker und der Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme.

Mit ihrer Initiative hatte Christine Hacker schon einmal für Aufsehen gesorgt: Zwölf Supermarktketten hatte die Bayreuther Stadträtin angeschrieben und danach gefragt, wie sie Senioren das Einkaufen leichter machen wollten. Geantwortet haben acht, in engerem Kontakt steht die Stadträtin mit drei. Der Real-Markt Riedingerstraße war der Erste, der sie nun zu einem Besuch und einem Gespräch eingeladen hatte.

Und tatsächlich brachte der Dialog greifbare Ergebnisse: Geschäftsleiter Manfred Schöff, Bezirksleiter Hans Ramming und Simone Meyer von der Leitung des Kundenserviceteams sagten zu, die vorhandene Notrufeinrichtung an der Behindertentoilette instand zu setzen. Baldmöglichst soll auch die so genannte breite Kasse verlegt werden – denn: Auch wenn die Kasse selbst breit genug für Rollstuhlfahrer ist, die Säule dahinter wird für sie zum Hindernis.

Es gab viel Lob für die gesprächsbereiten Real-Marktkler, denn die machen vieles richtig: Die Zahl der Behindertenparkplätze würde ausreichen, würden nicht häufig Falschparker darauf stehen. Der „Langsam- Knopf“ an der Drehtür gibt einen Pluspunkt und auch die Tatsache, dass Stufen und Treppen an nahezu keiner Stelle den Weg versperrern. Auf die Habenseite kann Real weiter verbuchen, dass das Angebot an senioren- und singlegerechten Artikeln groß ist. Positiv fällt auf, dass bei Senioren beliebte Frischeware aus der Region zum Sortiment gehört, wenn es Saison, Menge und Qualität zulassen.

Dass in Zusammenarbeit mit den SPD-Politikerinnen eine Ruhezone für Kunden entstanden ist. Dass es einen Sanitätsraum gibt und die notwendige Zahl ausgebildeter Ersthelfer überschritten wird. Und dass die Etikettenschrift zumindest in Teilen gut lesbar ist. Woher diese Sensibilität für Kundschaft mit besonderen Anforderungen rührt? „Wenn es um Senioren geht, reden wir nicht über eine Randgruppe“, sagt Simone Meyer.

Die Bevölkerungszahl in Deutschland werde von aktuell 82,4 in den nächsten 40 Jahren auf etwa 70 Millionen Menschen sinken. Zugleich werde der Anteil der älteren Menschen steigen – eine Entwicklung, die jetzt bereits deutlich werde. In Bayreuth, so Fachfrau für Kundenservice, ist der Anteil der über 65-Jährigen von 2003 bis 2005 von 18,7 auf 21,2 Prozent gestiegen. „Und das wird so weitergehen. Also ist Seniorenservice für uns ein wachsendes Thema.“

„Wir brauchen kein Schild, auf dem Seniorenkasse steht und keinen Knopf, der das Kassennachlaufband langsamer werden lässt“, sagt Simone Meyer. „Wir müssen uns auf die Menschen mit besonderen Bedürfnissen einstellen – eine Aufgabe, die so alt ist wie der Einzelhandel selbst.“ Ausgrenzen dürfe man mit gut gemeinten Serviceangeboten niemanden. Es soll nicht das letzte Gespräch zwischen Real und den SPD-Politikerinnen gewesen sein. Simone Meyer hat versprochen all die Anregungen intern prüfen zu lassen und dann zu berichten. Also: Fortsetzung folgt.

Frankenpost vom 11. Februar 2008

Anerkennung für Solidarität Stellvertretende Bundesvorsitzende Andrea Nahles in Kirchenlamitz

Mit kommunalen Problemen im Landkreis Wunsiedel hat sich Andrea Nahles, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, bei einem Besuch in Kirchenlamitz informiert. Begleitet wurde Nahles von ihren Fraktionskolleginnen im Bundestag, Petra Ernstberger (Hof/Wunsiedel) und Anette Kramme. Bei einem Gespräch im Rathaussaal schilderte Bürgermeister Reinhard Weiß der Besucherin aus Berlin die besondere Lage der Stadt Kirchenlamitz, die innerhalb einer ohnehin schon benachteiligten Region den höchsten Arbeitsplatzverlust hinnehmen musste. Schließlich ist Kirchenlamitz nicht nur von der Krise der Porzellanindustrie, sondern auch vom Niedergang der Natursteinbranche betroffen.



Heute kämpfe Kirchenlamitz verzweifelt um den Erhalt seiner Versorgungseinrichtungen. Als Beispiel nannte Weiß die Hauptschule. Es sei erfreulich gewesen, dass die Stadt Kirchenlamitz innerhalb des sie umgebenden Unterzentrums zum Sitz der gemeinsamen Hauptschule geworden sei. Umso mehr bange man angesichts der abnehmenden Schülerzahlen um den Erhalt der Schule. Letztlich werde es auch darauf ankommen, dass die Hauptschule generell im Bildungswesen einen neuen und besseren Stand erhalte.

Um der Stadt, einen Neustart zu ermöglichen, so Weiß, arbeite man inzwischen über die Landkreisgrenzen hinweg mit den Nachbarkommunen zusammen. Dies fand die besondere Anerkennung der prominenten Bundespolitikerin. Sie schilderte, dass sie als Kreistagsmitglied ihres Heimatlandkreises Mayen-Koblenz sich den Einblick in die Sorgen der Kommunen erhalten habe. Auch dort habe der Niedergang der Natursteinindustrie viele Menschen hinterlassen, für die man keinen Ersatz an einfachen und manuellen Tätigkeiten mehr gefunden habe.

Bei der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen sei man allerdings in Kirchenlamitz weiter als in ihrer Heimat. Dort raufe man sich noch nicht einmal für einen gemeinsamen regionalen Fremdenverkehrs zusammen. Reformbedarf sahen alle Teilnehmer des Gesprächs, darunter auch SPD-Kreisvorsitzender Heinz Martini, Landrat Dr. Peter Seißer, der Kirchenlamitzer SPD-Bürgermeisterkandidat Thomas Schwarz und die CSU-Bürgermeisterkandidatin Friederike Kränzle, bei den Förderprogrammen des Bundes. Bislang kämen diese Programme vor allem jenen Kommunen zugute, die sie eigentlich weniger bräuchten. Bürgermeister Reinhard Weiß: „Wenn die Gemeinden nicht die erforderlichen Eigenmittel aufbringen können, dann kommen sie auch nicht an die Zuschüsse.“

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme nutzte die Gelegenheit, auf ein neues attraktives Programm der Bundesregierung hinzuweisen, das sich besonders an Unternehmer wende. 4000 bis 6000 Euro könne jedes Unternehmen erhalten, das so genannten „Altbewerber“ einen Ausbildungsplatz gebe. Zweite Station des Besuchs war die von der evangelischen Kirchengemeinde betriebene Kindertagesstätte „Kunterbunt“. Kindergartenleiterin Karin Schreyer führte die Gäste durch die Einrichtung, die derzeit von 100 Kindern besucht wird. Besonders beeindruckt war SPD-Vize Andrea Nahles von der generationenübergreifenden Solidarität, die im Kirchenlamitzer Ortsteil Niederlamitz geübt wird. Dort, so Pfarrer Markus Rausch, haben die Spenden des Seniorenkreises ei maßgeblichen Anteil an der Finanzierung des Mittagstischs im eingruppigen Kindergarten.

Der Neue Tag vom 12. Februar 2008

Gelebtes Miteinander

SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme informiert sich über „Soziale Stadt“



verschiedensten Bevölkerungsgruppen zusammen.

„Heimat ist dort, wo es den Menschen gut geht. Die „Soziale Stadt“ hat mit seinem Quartiersbeirat vor fünf Jahren den Kontakt zu den Bürgern gesucht und diese auch entsprechend aktiviert“, erklärte Quartiersmanagerin Astrid Schreier der SPD-Bundestagsabgeordneten Anette Kramme bei deren Besuch in der Eichendorffstraße. Ziel war es seit 2003, benachteiligte Gruppen und Einzelpersonen zu unterstützen, um somit eine Verbesserung des sozialen Miteinanders zu erreichen. „In der Eichendorffstraße leben die

Die „Soziale Stadt“ fördert Integration durch kulturelle und sportliche Aktivitäten für Familien, Jugendliche und ältere Menschen“, berichtete Schreier. Außerdem sei ein Logo für das Projekt entworfen worden. Vor dem Einzug ins Stadtteilbüro habe es eine Renovierungsaktion gegeben. 2004 und 2005 seien die „Sanfte Gymnastik“, der Arbeitslosentreff, der EDV- und Kulturtreff sowie das thematische Mutterfrühstück initiiert worden. Auch die Selbsthilfegruppe „Eltern mit behinderten Kindern“ treffe sich hier von Zeit zu Zeit. Zur Sprache kamen außerdem das Sommerfest, der Flohmarkt und die Weihnachtsfeier.

Auch beim Adventsmarkt und beim Bürgerfest beteiligte man sich. „Das Quartiersbüro hat sich etabliert, viele nutzen es als Anlaufstelle“, freute sich Schreier. Die Bürger könnten bei der Quartiersmanagerin Wünsche äußern. Sie sei die wichtigste Ansprechpartnerin für Abstimmungen der Projekte vor Ort. Filmprojekt von Schülern „Im fünften Jahr wurden für die LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) 50 000 Euro bewilligt“, berichtete Projektleiterin Sonja Siebenhüner. Damit seien schon die verschiedensten Projekte gefördert worden, darunter die Ferienbetreuung, ein Filmprojekt von Schülern, Deutschkurse sowie Englisch-Schulungen mit 60 Teilnehmern pro Jahr. Außerdem wurden mehrere Vereine und Gruppen finanziell unterstützt.

Siebenhüner nannte als Beispiele den Spielmannszug der Feuerwehr, die Judo- und Akrobatikabteilung des Sportvereins, die Bücherei, das Gründerzentrum, den Musikverein „Klingende Töne“, die Interessengemeinschaft „Kinder-Kultur-Projekt“ sowie den deutsch-amerikanischen Chor „The Encores“. Ein weiteres Thema war der „Soziale Laden“, der besonders für die 400 Bedürftigen in Grafenwöhr eröffnet werden soll. Außerdem wurde eine Erweiterung im Vier-Städte-Dreieck erwähnt. Angesprochen wurde auch das „Mehrgenerationenhaus“, eine so genannte „Bürger für Bürger“-Initiative.

„Jeder kann dort etwas für sich und für andere tun“, so Siebenhüner. Zunächst solle eine Zentrale das Projekt leiten, später solle es zu einem Selbstläufer werden. „Für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt würde so ein Projekt genehmigt. Leider hat die Stadt Weiden keinen Antrag dafür gestellt“, wunderte sich die LOS-Projektleiterin. „Ich bin aber froh über die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Grafenwöhr“, betonte Siebenhüner. Das Fazit der SPD-Bundestagsabgeordneten: „Ich bin hin und weg von diesen Projekten. So etwas findet man sonst eigentlich nur in Groß- und Mittelstädten.“

Eigenbericht vom 4. Dezember 2007

**„Wer Freiheit einschränkt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren“.
SPD-Innenexperte Frank Hofmann informiert über Sicherheitspolitik mit Augenmaß.**

„Sicherheitspolitik mit Augenmaß“ lautete der Titel einer Informationsveranstaltung der Pegnitzer SPD und des SPD-Unterbezirks Bayreuth im Fränkischen Hof. Als Fachmann hatten sich der Ortsvereinsvorsitzende Oliver Winkelmaier und die Unterbezirksvorsitzende Anette Kramme den Innenpolitischen Sicherheitsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Hofmann, nach Pegnitz eingeladen. Zahlreiche interessierte Bürger waren in den Fränkischen Hof gekommen um zu hören, wie die SPD zu derzeit heiß diskutierten Themen wie Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner oder Fingerabdruck auf dem Reisepass steht.



Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme wies auf die wachsende Angst vor einem terroristischen Anschlag in Deutschland hin, doch auch die Angst der Bürger vor zunehmender staatlicher Überwachung des Privatlebens steige an. Diese Verunsicherung sei vor allem durch zahlreiche Äußerungen des Innenministers Wolfgang Schäuble geschürt worden. „Wir Sozialdemokraten wollen eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Wir müssen darauf achten, dass wir nicht leichtfertig Grund- und Freiheitsrechte aufgeben, für die Generationen vor uns gekämpft haben. Wir Sozialdemokraten müssen zeigen, dass funktionierende Sicherheitspolitik auch ohne große Eingriffe in den Persönlichkeitsrechte des Menschen möglich ist“.

Auch Frank Hofmann verdeutlichte in seinem Vortrag, dass sich der Umgang der SPD mit den Bedrohungen der heutigen Zeit von dem der CDU/CSU deutlich abgrenzt. „Wer Freiheit einschränkt, um Sicherheit zu gewinnen, wird letztendlich beides verlieren“, zitierte Frank Hofmann Benjamin Franklin. Für die SPD stehe die Freiheit des Menschen an erster Stelle. „Wir stehen dafür, dass Menschen frei sind, solange sie keinen anderen beeinträchtigen. Die Union will, dass der Staat erst einmal alles und jeden ohne begründeten Verdacht belauschen darf und so jeden einzelnen Bundesbürger unter Generalverdacht stellt“, so Hofmann.

Die Kriminalität in den vergangenen Jahren habe sich enorm gewandelt. Dies verlange jedoch auch neue Formen der Verbrechens-Abwehr. Die von vielen Menschen so gescholtene Vorratsdatenspeicherung sei eine Vorgabe der EU gewesen. „Die Justizministerin Brigitte Zypries konnte jedoch schlimmeres verhindern und die Speicherdauer der Daten von geplanten 36 Monaten auf 6 Monate begrenzen“, erklärte der Bundestagsabgeordnete.

Wo die Unterschiede zwischen SPD und CDU liegen wurde auch bei den neuen, mit gespeicherten Fingerabdrücken versehenen Reisepässen deutlich. „Die Union wollte, dass die genommenen Fingerabdrücke zentral gespeichert und dauerhaft für die Ermittlungsbehörden abrufbar sind. Dies war mit der SPD nicht zu machen, wir dürfen nicht jeden unbescholtenen Bürger wie einen potenziellen Verbrecher behandeln“, erklärte der Sicherheitsexperte. Dank der SPD werden nun die Fingerabdrücke genommen, digital auf dem Chip des Reisepasses gespeichert und anschließend vernichtet. „Dieser Kompromiss ist für jeden hinnehmbar“, sagte der ehemalige Polizeibeamte des BKA.

Die Befürchtungen des Ortsvereinsvorsitzenden Oliver Winkelmaier, der geplante „Bundestrojaner“ könne in die falschen Hände fallen und so den Online-Dieben Tür und Tor öffnen, trat Hofmann fundiert entgegen. „Es wird keinen Supertrojaner geben, der alles und jeden überwinden kann. Ein Trojaner müsste für jeden Fall neu programmiert werden. Dies ist in der Praxis kaum umsetzbar, daher bezweifle ich, dass dieser Bundestrojaner je kommen wird“, so Hofmann abschließend.

Eigenbericht vom 2. Februar 2008

Vortrag zur Unterhaltsrechtsreform stößt auf großes Interesse



Seit Jahresbeginn gilt das neue Unterhaltsrecht, viele Regelungen wurden der modernen Lebensführung der heutigen Zeit angepasst. Mehr als 30 Jahre lang galt ein Unterhaltsrecht, das vom Familienbild der „Hausfrauenehe“ ausging.

Dies hat der Gesetzgeber nun grundlegend reformiert. „Wir haben zum Wohle der Kinder das Unterhaltsrecht vom Kopf auf die Füße gestellt“, sagt Dr. Carl-Christian Dressel.

Der Coburger Bundestagsabgeordnete ist Mitglied im Rechtsausschuss der Bundesregierung und somit maßgeblich an der Ausgestaltung der Reform beteiligt. Als Referent war er vom SPD-Unterbezirk Bayreuth und

der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen nach Bayreuth eingeladen worden, um die wichtigsten Neuerungen vorzustellen.

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme bezeichnete die Unterhaltsreform als spannendes und zugleich für viele Menschen enorm wichtiges Thema, das in den kommenden Wochen und Monaten sicherlich noch breiten Raum für Diskussionen beanspruchen werde.

Um die rechtlichen Aspekte der Reform auszuleuchten, war auch die Rechtsanwältin Katja-Bernadette Ulmer eingeladen, um über die praktische Anwendung der Gesetzesreform zu berichten. Quintessenz der beiden Vorträge von Ulmer und Dressel: Das Kindeswohl steht im Vordergrund. Ein zweiter wichtiger Punkt ist die nun im Gesetz festgeschriebene, größere Eigenverantwortung nach einer Scheidung.

„Das Prinzip einmal Arztfrau immer Arztfrau greift nun nicht mehr. Die Lebensstandardgarantie wurde abgeschafft. Nach einer gewissen Zeit muss es jedem zumutbar sein, wieder selbst eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen“, erklärte Dressel. Natürlich hängt dies ganz entscheidend vom Betreuungsbedarf eventuell vorhandener Kinder ab.

„Im Klartext heißt das, jeder soll nach Möglichkeit erwerbstätig sein und selbst für seinen Unterhalt aufkommen. Betreut einer die gemeinsamen Kinder, soll ihm früher wieder zugemutet werden, eine Berufstätigkeit aufzunehmen als nach dem alten Recht“, erklärt Rechtsanwältin Ulmer.

Breitbandversorgung: Förderung ab April möglich Land und Bund stellen Mittel bereit

In die Förderung von Breitbandanschlüssen in bisher unterversorgten Kommunen kommt Bewegung. Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) mitteilt, werde der Freistaat Bayern auf zwei Schienen die möglichst flächendeckende Breitbandversorgung weiter vorantreiben, um vorhandene Lücken zu schließen. Dazu stehen für den Zeitraum 2008 bis 2010 insgesamt 19 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung.

Zum einen werden im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) im Zeitraum 2008 bis 2010 jährlich 3 Millionen Euro, davon 1,8 Millionen Euro Bundesanteil, für die Breitbanderschließung zur Verfügung gestellt.

Damit könnten Gemeinden in ländlichen Gebieten, in denen aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen technologischer Restriktionen breitbandige Internetzugänge bislang nicht oder nur teilweise realisiert sind, unterstützt werden.

Zum anderen werden auch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro bereitstellen, um vor allem die Versorgung von Gewerbegebieten mit Breitband zu unterstützen.

Für alle Gemeinden gilt indes eine wichtige Voraussetzung für die Förderung. Da diese technologie- und anbieterneutral erfolgen sollen, müssten alternativen Breitbandzugängen wie Funk oder Satellit grundsätzlich die gleichen Förderchancen eingeräumt werden wie der leitungsgebundenen DSL-Technologie. Eine einseitige Ausrichtung auf eine bestimmte Technologie hätte keine Chance auf Berücksichtigung.

Derzeit erarbeitet die Staatsregierung entsprechende Förderrichtlinien. „Nach deren Inkrafttreten könnten die Kommunen voraussichtlich ab April bei den Ämtern für ländliche Entwicklung sowie den Regierungen Anträge auf Förderung stellen“, so Anette Kramme.

Urteil des Bundesfinanzhofes zur Pendlerpauschale hat Signalwirkung

Die oberfränkische Bezirksvorsitzende Anette Kramme (SPD) begrüßt die Auffassung des Bundesfinanzhofes, wonach die Kürzung der Pendlerpauschale verfassungswidrig sei. „Ich sehe mich damit in meiner Haltung bestätigt.“

Die Rücknahme der Kürzung war und ist eine zentrale Forderung der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag“.

Erst im November hatte die SPD-Bundestagsfraktion einen Vorstoß unternommen, die Regelung zu verhindern.

Dies wurde von Erwin Huber (CSU) jedoch mit einem kategorischen „Nein“ im Koalitionsausschuss verhindert. „Aufgrund dieser Blockadehaltung scheiterte unser Versuch, eine sozial ausgestaltete Pendlerpauschale mit gerechter Lastenverteilung zu erreichen.“

Damit beging die CSU Verrat an den bayerischen Berufspendlern“, so Kramme weiter. Nach ihrer Einschätzung wird von der Entscheidung des obersten deutschen Steuergerichts eine Signalwirkung für das endgültige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgehen.

MdB Kramme fordert Sozialtarife in der Strom- und Gasversorgung

Die Bundestagsabgeordnete und oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme begrüßt die Forderung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Sozialtarife in der Strom und Gasversorgung einzuführen. Die Strompreise für private Haushalte hätten sich laut Verbraucherpreisindex von 1998 bis 2006 um 26,8 Prozent erhöht. Der Preisanstieg treibe immer mehr einkommensschwache Haushalte in die finanzielle Notlage. „Ein Sozialtarif ist dringend erforderlich“, so die Abgeordnete.

In mehreren deutschen Städten gibt es laut Kramme bereits Bestrebungen, für finanziell schwache Bevölkerungsgruppen einen vergünstigten Tarif bei Strom und Gas einzuführen. Auch die Energieversorger suchten nach Lösungen. E.on Bayern sei hier Vorreiter. „Bereits im September 2006 hat E.on Bayern in Zusammenarbeit mit Caritas und Diakonie einen Sozialrabatt auf die Energierechnung eingeführt. Pro Monat werden neun Euro gutgeschrieben“, hebt Kramme hervor. Die Bedürftigkeit werde über die Befreiung von der GEZ-Gebühr nachgewiesen.

In weiteren Versorgungsgebieten hat E.on dieses Modell zwischenzeitlich übernommen. „Dieser Ansatz muss aufgegriffen werden und auf ganz Deutschland ausgeweitet werden“, fordert MdB Kramme. Auf europäischer Ebene sind laut Kramme bereits in der Elektrizitäts- und der Erdgasrichtlinie von 2003 Vorkehrungen zugunsten schutzbedürftiger Kunden verankert wurden. Allerdings fehle es bislang an entsprechenden Maßnahmen im Großteil der Mitgliedstaaten. „In der geplanten Charta der Rechte der Energieverbraucher werden die Länder daher erneut aufgefordert, Abhilfe zu schaffen“, erklärt die Bayreuther Abgeordnete.

MdB Kramme fordert, dass „zügig die Rahmenbedingungen für die Einführung eines flächendeckenden Sozialtarifs in der Versorgung mit Strom und Gas geklärt werden.“ Weiterhin spricht sich die Abgeordnete für eine Verpflichtung der Energieversorger aus, entsprechende Tarife anzubieten. Als Orientierung könne das belgische Modell dienen. Im Nachbarland gebe es für sozial Bedürftige eine kostenlose Strommenge von 500 Kilowattstunden und eine Gasmenge von 556 Kilowattstunden zum Kochen. Eine Lieferunterbrechung in den Wintermonaten sei verboten, allerdings werden die Bezugsmengen begrenzt.

Kramme fordert Ende der Stellenstreichungen bei der Polizei. „Schlagkraft nicht noch weiter mindern“.

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) unterstützt die Forderungen der Bayerischen Gewerkschaft der Polizei nach einem schnellen Ende der Stellenstreichungen sowie der Rücknahme der Stellenkürzungen und der Arbeitszeitverlängerungen durch die Polizeireform. „Anstatt eine pädagogische Bankrotterklärung mit Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts abzugeben, sollte die Bayerische Staatsregierung besser die Ermittlungsbehörden stärken und ihre Schlagkraft nicht noch weiter mindern“, so die Bayreuther Abgeordnete.

Mit dieser Schwächung der Polizei, alleine im Jahr 2008 sollen wieder über 100 Stellen gestrichen werden, könne auch ein verschärftes Jugendstrafrecht nicht umgesetzt werden. „Justiz und Polizei benötigen ausreichend Personal, um sich effektiv um die Strafverfolgung und –vereitelung kümmern zu können, hier herrscht ein drastisches Defizit“, erklärt Kramme.

Kramme enttäuscht über Nokia-Werkschließung in Bochum. „Unternehmen haben auch soziale Verantwortung“

Mit großem Unverständnis reagierte die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme (SPD) auf die geplante Schließung des NOKIA-Werkes in Bochum. „Unternehmen tragen in erheblichem Maß eine soziale Verantwortung ihren Arbeitnehmern gegenüber.

2300 Beschäftigte sowie 1000 Leiharbeiter und etwa 1000 Beschäftigte bei den Zulieferern ohne ersichtlichen Grund auf die Straße zu setzen, ist eine Verhöhnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich bin zutiefst enttäuscht über ein solches Vorgehen“, so die Abgeordnete.

In einem Schreiben hatte sie sich an den Aufsichtsratsvorsitzenden Veli Sundbäck gewandt und ihn aufgefordert, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden und die Standortschließung umgehend zurückzunehmen.

„Ich werde mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Standortschließung vorgehen. Es kann nicht sein, dass weltweit tätige Unternehmen wie Heuschrecken den Subventionen hinterher ziehen und verbrannte Erde zurücklassen. Die Bundesregierung darf sich mit einem solchen Verhalten nicht abfinden“, erklärte Kramme.

Kramme macht sich für Errichtung von Pflegestützpunkten stark

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme macht sich für die Einrichtung von so genannten Pflegestützpunkten stark. „Pflegestützpunkte sind als erste Anlaufstelle für Pflegebedürftige und deren Angehörige das Herzstück der Strukturreform der Pflegeversicherung und leisten niedrigschwellige Beratung und Betreuung“, erklärt Kramme.

„Jeder der in seiner Familie oder im Freundeskreis pflegebedürftige Menschen hat weiß, wie wichtig es ist, Informationen über die entsprechenden Angebote vor Ort bekommen. Dies geschieht in den Pflegestützpunkten, die individuell auf die Situation der Pflegebedürftigen, der Angehörigen und der Versorgungslandschaft eingehen“, so die Abgeordnete weiter.

Die Behauptung der Union, durch den Aufbau von solchen Stützpunkten würden Doppelstrukturen geschaffen, tritt Kramme entschieden entgegen. „Im Regierungsentwurf zur Reform der Pflegeversicherung ist festgelegt, dass beim Aufbau der Pflegestützpunkte vorhandene Strukturen unter Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Landes erhalten und genutzt werden sollen“.

Das Modell von Beratungschecks, wie sie die CDU/CSU vorschlägt, hält Kramme für wenig geeignet. „So werden die Betroffenen mit einem Stück Papier alleingelassen, das kann man nicht als echte Hilfe sehen“, so Anette Kramme.

Kramme sieht Chance für ältere Arbeitslose in Kompromiss über 58er-Regelung

Die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme zeigte sich zufrieden mit der Einigung der großen Koalition zur so genannten 58er-Regelung: „Wir haben einen Kompromiss gefunden, der für die Menschen wieder echte Perspektiven am Arbeitsmarkt bietet und sie nicht von vorne herein abstempelt“. Zudem trete die SPD mit konkreten Vorschlägen dafür ein, die Arbeitsbedingungen in Unternehmen so zu verbessern, dass die Menschen im Job länger gesund bleiben.

Gleichzeitig soll der Rentenzugang flexibilisiert werden, insbesondere für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. „Dank des Kompromisses gelten Arbeitslose ab einem Alter von 58 Jahren zwar weiterhin bis zum Renteneintritt als nicht mehr arbeitssuchend, ihnen stehen aber auf eigenen Wunsch sämtliche Integrationsangebote der Arbeitsagenturen, der ARGEN und der Optionskommunen zur Verfügung.“, erläutert Kramme.

Zudem prüfe der Fallmanager alle sechs Monate, ob nicht doch ein Förder- oder Arbeitsangebot gemacht werden kann. „Damit ist klar, dass keiner abgeschrieben ist. Wir wollen, dass die Menschen Perspektive bekommen“. Für Arbeitssuchende, die schon heute die 58er-Regelung nutzen, ändert sich nichts.

„Eine vorzeitige Rente mit Abschlägen statt Arbeitslosengeld II kommt für uns vor dem 63. Lebensjahr nicht in Frage. Eine Rente ab 63 ist nur möglich, wenn die rentenrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Frauen und Menschen mit Schwerbehinderung können bisher noch unter bestimmten Voraussetzungen vor dem 63. Lebensjahr in Rente gehen und damit früher als andere Versicherte“, so Kramme. Dieser besondere Schutz solle sich nicht in einen Nachteil verkehren. „Gerade diese Menschen profitieren von der gefundenen Regelung“, erklärt die Abgeordnete.

Haus Wahnfried in Denkmalpflegeprogramm aufgenommen. Kramme: „Bis 2013 fließen 2,6 Millionen Euro Fördergelder“.

Das „Haus Wahnfried“ mit dem Richard Wagner Museum in Bayreuth ist in diesem Jahr in das Denkmalpflegeprogramm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ aufgenommen worden. „Bis zum Jahr 2013 werden für Planung, Befundung, Befundung, Befundung und der Errichtung eines neuen Eingangsbereiches insgesamt 2,6 Millionen Euro investiert.

Die Förderung im Jahr 2007 betrug bereits 100000 Euro. Es ist äußerst wichtig, dass sich der Bund und das Land für Kulturdenkmäler engagieren und Gelder bereitstellen. Immerhin hat das Haus Wahnfried auch einen weltweiten Bekanntheitsgrad“, so die Bundestagsabgeordnete Anette Kramme. Grundsätzlich förderfähig sind alle unbeweglichen Kulturgüter von nationaler Bedeutung.

Plenarrede Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zeitungen bezeichnen Leiharbeit ganz unterschiedlich. In der einen, die mir unter die Finger gekommen ist, steht: "Leiharbeit - moderne Sklaverei, die floriert". In der anderen Zeitung steht: "Billig und willig"; gemeint ist damit natürlich genau das gleiche Phänomen. Leiharbeit hat tatsächlich zwei Gesichter. Sie hat ein Sonnengesicht: Das ist eine Branche, die boomt. Innerhalb weniger Jahre hat sich die Zahl der Zeitarbeitsplätze verdoppelt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Und Rot-Grün hat die Voraussetzungen dafür geschaffen!)

Darüber kann man streiten. Herr Kolb, wenn Sie sich die Statistiken genau anschauen, werden Sie feststellen, dass die Linie seit 1993 im Prinzip ungebrochen ist.

(Andrea Nahles [SPD]: Lass ihn eine Zwischenfrage stellen, wenn er das will! Aber nicht so!)

Davon abgesehen: Wir haben nichts gegen Zeitarbeit als solche.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Aha!)

Es geht um die Schattenseiten. - Kommen wir aber zunächst auf die positiven Seiten der Leiharbeit zurück: Leiharbeit ermöglicht in Spitzenauslastungs- und Vertretungssituationen eine einfache Personaleinstellung. In einem gewissen Umfang gibt es den so genannten Klebeeffekt, allerdings darf er nicht überschätzt werden.

(Jörg Rohde [FDP]: Aber auch nicht unterschätzt!)

Es ist aber so, dass einige dieser Arbeitnehmer nach einer Tätigkeit im Leihbetrieb einen festen Job erhalten. Wir wissen, dass 60 Prozent der aktuell tätigen Zeitarbeitnehmer unmittelbar vorher nicht beschäftigt waren.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist doch ein Riesenerfolg, wenn das so gelingt, Frau Kramme!)

Die Zeitarbeit hat also gewisse arbeitsmarktpolitische Effekte, die man nicht verkennen kann. Zeitarbeit hat aber auch ganz viele dunkle Seiten, ein Schattengesicht.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Jetzt kommt wieder ein Generalverdacht!)

Das kann man an verschiedenen Punkten festmachen. Wir beobachten ganz intensiv, dass es zu einer Ersetzung von Stammarbeitern durch Leiharbeiter kommt. Das kann man an der Tatsache festmachen, dass es Betriebe gibt, deren Belegschaft zu 50 Prozent aus Leiharbeitern besteht. In der Sachverständigenanhörung hat der Sachverständige Felix Weitenhagen für das Berliner Siemens-Schaltwerk erklärt, dass die Leiharbeiterquote in den produzierenden Abteilungen bis zu 40 Prozent betrage. Wir beobachten ein besonders perverses Phänomen, das Outsourcing heißt. An uns sind Journalistenverbände herangetreten, die davon berichtet haben, dass Tochterunternehmen gegründet werden, die Journalisten einstellen, die vorher mit befristeten Verträgen bei den eigentlichen Verlagen angestellt waren. Nun sind sie als Leiharbeiter tätig.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Mit unbefristeten Verträgen!)

Wir wissen, dass das insbesondere auch für den Bereich der Kliniken gilt. Wenn man sich diese beiden Aspekte zusammen anschaut, weiß man, dass die Unternehmen, die entleihen, nur eine Zielsetzung haben, nämlich, die regulären Tarifverträge, die Tarifverträge für die Stammarbeitskräfte, zu umgehen. Dahinter steht nichts anderes als die Absicht, Lohndumping zu betreiben und die Arbeitnehmer auszunutzen. Wie sieht Lohndumping aus? Wir wissen, dass es Lohnabstände von 30, 40 und 50 Prozent gibt. Manchmal ist es sogar noch mehr. Die Tariflöhne beginnen bei 4,81 Euro; das ist natürlich nicht viel, und davon kann man nicht leben. Wir wissen, dass es beim Arbeitslosengeld II zu Missbrauch kommt; jeder achte Zeitarbeitnehmer bezieht Arbeitslosengeld II. Ich habe bereits vorhin gesagt: Es kann nicht sein, dass sich der Staat an der Subventionierung von Unternehmen beteiligt, die nichts anderes als Lohn- und Sozialdumping im Sinn haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier kommt es zu einer ungeheuren Fluktuation - das muss man sich einmal vor Augen halten: 50 Prozent der Leiharbeiter sind nach drei Monaten wieder draußen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Viele von ihnen arbeiten auch dauerhaft im Entleihunternehmen!)

Aufseiten der Betriebsräte ist eine Interessenvertretung fast nicht existent. Auch die starken Betriebsräte bei den Entleihern haben fast keine Handlungsmöglichkeiten.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Tja! Dann sind sie auch keine starken Betriebsräte!)

Wir befinden uns also in einer Situation, in der die Betreuung durch Gewerkschaften nur eingeschränkt funktionieren kann. Das hat einfache Ursachen: Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sind einseitig auf jeweils einige wenige Branchen ausgerichtet. Leiharbeit funktioniert aber branchenübergreifend. Aus dieser Ausgangslage, die mehr als schwierig ist, ergibt sich, dass es einen Regelungsbedarf und darüber hinaus einen Regelungszwang gibt. Heute liegen uns zwei Anträge vor. Zumindest faktisch sind es zwei Anträge. Einen Antrag haben die Linken eingebracht. Die Grünen haben formal einen Änderungsantrag gestellt, der aber im Prinzip eine vollständige Änderung zum Inhalt hat.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist Klasse, oder?)

Wenn man sich diese Anträge genau anschaut, stellt man fest, dass sie zu kurz greifen.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Frau Kramme! Jetzt stimmen Sie doch einfach einmal zu!)

An manchen Stellen sind auch intensivere Überlegungen erforderlich. Ich sage Ihnen: Die SPD hat zu diesem Thema einen exzellenten Parteitagebeschluss gefasst.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Als neue Partei des demokratischen Sozialismus?)

Er sieht wie folgt aus: Wir wollen zunächst eine Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf die Leiharbeitsbranche.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie sind in der Regierung!)

Dadurch decken wir zwei Phasen ab: die Phase, in der nicht verliehen wird, also die verleihfreien Zeiten, und die so genannte Einarbeitungsphase.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, Frau Kramme! Hören Sie doch auf!)

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Der Mindestlohtarifvertrag ist vereinbart. Die 50-Prozent-Klausel ist nach unserer Einschätzung erfüllt. Im Übrigen ist das eine rein politische Vorgabe; das möchte ich jetzt gegenüber der Union klarstellen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch daran erinnern, dass die Aufnahme in das Gesetz nicht nur ein Wunsch der Arbeitnehmerseite, sondern ein beidseitiger Wunsch ist: Arbeitnehmer und Arbeitgeber wollen das. Wir dürfen in dieser Branche aber beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz nicht stehen bleiben. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiche Bezahlung und gleiche Behandlung nach einer Einarbeitungsphase.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Grundsatz findet sich überall wieder. Das ist ein allgemeines Prinzip des Arbeitsrechts. Genau das wollen wir. Wir wissen, dass wir den Verdrängungswettbewerb, der stattfindet, nur unterbinden können, indem wir das finanzielle Interesse am Sozialdumping einschränken bzw. indem wir dem Sozialdumping den Boden entziehen.

(Andrea Nahles [SPD]: Jawohl!)

Alle anderen Regelungen würden dazu führen, dass unsere Schutzvorschriften auf irgendeine Art und Weise unterlaufen werden; denn die Unternehmen sind clever, und das ist auch legitim. Wir als Gesetzgeber müssen hier vorausschauend handeln. Ich möchte ganz klar darauf hinweisen - das sei zusätzlich angemerkt -, dass auch die Betriebsräte in der Verantwortung stehen. Ich möchte, dass es erzwingbare Betriebsvereinbarungen gibt: einerseits über den Umfang der Leiharbeit, andererseits zur Festlegung der Zeitdauer der Überlassung.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Gut, dass es nicht nach Ihnen geht, Frau Kramme! - Gegenruf des Abg. Wolfgang Grotthaus [SPD]: Und gut, dass ihr in der Opposition seid!)

Meine Damen und Herren von der FDP, mir ist klar, dass Ihnen bei diesem Thema graue Haare wachsen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Von wegen! Die fallen mir sogar schon aus!)

Das macht aber nichts.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Oh! Jetzt zeigt Frau Kramme ihre dunkle Seite!)

Graue Haare haben ihren eigenen Charme.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Warum werde ich eigentlich immer so müde, wenn Sie reden, Frau Kramme?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir akzeptieren nicht, dass Leiharbeit ein Normalarbeitsverhältnis ist, und wir akzeptieren nicht, dass Leiharbeit als reguläre Beschäftigung angesehen wird, solange sich Leiharbeit nach wie vor überwiegend in der Schmutzdecke befindet. Wir werden uns in dieser Angelegenheit weiter engagieren.

OV Pegnitz

Nordbayerische Nachrichten vom 29.01.2008

Kreativ die Weichen stellen

Pegnitzer SPD verspricht Wahlkampf mit höchster Präsenz

Wahlkampf mit „höchster Präsenz“: Die Ehrung langjähriger Mitglieder und das Versprechen, sachlich gute Politik für die kleinen Leute zu machen, bestimmten die SPD-Wahlversammlung im Restaurant „Fränkischer Hof.“ Gut 40 Besucher sorgten beim „Roten Empfang“ immer wieder für Beifall. Der wurde jedoch sehr laut, als die Hochrechnung der Hessenwahl bekannt wurde. Fritz Schauer ist seit 60 Jahren SPD-Mitglied, Hans Eckert seit 50, Sonja Wagner, Waltraud Ullrich und Uwe Raab seit 25 Jahren. Sie erhielten vom stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Dr. Thomas Beyer und vom Ortsvorsitzenden Oliver Winkelmaier ihre Urkunden, was Fritz Schauer trocken mit dem Satz kommentierte: „Ich hab' schon drei, nur ist immer eine andere Unterschrift drunter.“ Zu der Auszeichnung gratulierten auch MdL Dr. Christoph Rabenstein, MdB Anette Kramme und Landratskandidat Karl Lothes.



Im Mittelpunkt stand die Rede von Uwe Raab, der zunächst jene Punkte aufzeigte, die negativ für Pegnitz sind. Das sind die herben Verluste an Einwohnern, die Überalterung der Gesellschaft, das Ämtersterben, der Wegbruch fast der gesamten Textilindustrie. Ein „weiter so“ könne man sich nicht leisten, die Weichen müssten neu gestellt werden, Pegnitz brauche neue Ideen und Anziehungspunkte. Die SPD habe das „KKK“. Ein „K“ stehe für das Wort kritisch, denn die SPD suche nach besseren Lösungen. Man gebe sich mit Vorschlägen der Verwaltung nicht einfach ab. Das weitere „K“ gelte dem Wort konstruktiv, denn bei sinnvollen und sachgerechten Vorschlägen sei man ein verlässlicher Partner, und mit dem dritten „K“, das für kreativ steht, wolle man „unsere Visionen und Perspektiven für Pegnitz in der Gegenwart verankern.“ [...]

OV Goldkronach

Nordbayerischer Kurier vom 29. Januar 2008

Näher zusammenrücken

Kommunalwahl: SPD formuliert Ziele und Vorhaben



Zum Auftakt des Wahlkampfes um das Bürgermeisteramt und die vorhandenen Stadtratsplätze hatte die SPD in den Landgasthof Alexander von Humboldt eingeladen. Zu ihrer Unterstützung hatten sie sich noch den Bürgermeister und Kreisrat Harald Schlegel aus Gefrees geholt.

Eingangs stellte sich der Bürgermeisterkandidat Klaus-Dieter Löwel den Besuchern vor und erklärte, dass er in Goldkronach geboren wurde und mit kleinen Unterbrechungen nun schon 46 Jahren in Goldkronach ansässig ist. Er ist verheiratet mit einer Goldkronacherin und hat zwei volljährige Söhne. Beschäftigt ist er im Wasserwirtschaftsamt und dort für Wasser und Abwasser als Sachgebietsleiter zuständig. Durch diese Tätigkeit sei er mit dem öffentlichen Recht hautnah vertraut. Zudem ist er nun seit 13 Jahren als federführender Kommandant für die Belange der örtlichen Wehren zuständig und steht bei Notfällen Tag und Nacht zur Verfügung. Außerdem habe er durch verschiedene Einsätze gelernt, Katastrophen zu meistern. [...]

OV Mistelgau

Nordbayerischer Kurier vom 28. Januar 2008

Unermüdlicher Kampf

Seit Jahren für die SPD Engagierte für 25 und 30 Jahren Zugehörigkeit gewürdigt

Beim Ehrungsabend der SPD in Mistelgau sind zahlreiche Mitglieder für teils jahrzehntelange Treue zur Partei ausgezeichnet worden. Unter ihnen war Veit Braun, der sich laut eigenem Bekunden lange Zeit in der Gemeinde Mistelgau „zu Hause gefühlt hat“, und, so Ortsvorsitzende Irene Müller-Plaschko, als Dritter Bürgermeister, Kreisrat, aber auch als Landratskandidat die Farben der SPD vertreten hat. Braun wurde für 40-jährige Mitgliedschaft durch die Ortsvorsitzende und Landratskandidat Karl Lothes mit Ehrenurkunde und Ehrennadel ausgezeichnet. Lothes überbrachte die Glückwünsche der Kreis-SPD.

Ein seit Jahrzehnten uner müdlicher Kämpfer für die SPD, in die er 1969 eintrat, ist nach Irene Müller-Plaschko, Hans Sturm, der seit 1978 dem Gemeinderat angehört und im Ortsverein mit seiner Aktivität viel bewegt hat. Eine wichtige Persönlichkeit für den SPD-Ortsverein ist auch, so die Ortsvorsitzende, Nikolaus Martin, der 1970 in die Partei eintrat. Sturm und Martin wurden ebenso wie der langjährige Ortsvorsitzende Helmut Steinke, der seit 36 Jahren dabei ist, sowie Klaus Wasner für 30-jährige Parteizugehörigkeit gewürdigt. [...]

OV Bayreuth-St. Johannes

Nordbayerischer Kurier vom 24. Januar 2008

Alles schon mal da gewesen

Offener Brief des SPD-Ortsvereins St. Johannes zu Forderungen von CSU-Stadtrat

Verwunderung hat das Engagement des CSU-Stadtrates Bruno Hauck für seinen Wohnort, den Bayreuther Stadtteil St. Johannes, beim dortigen SPD-Ortsverein ausgelöst. Die Forderungen Haucks nach einer besseren Infrastruktur seien ein alter Zopf, meint die SPD in einem offenen Brief und verweist auf die eigenen, wenn auch teilweise erfolglosen Anstrengungen.



„Frischzellenkur für Kanz“ war ein Bericht im Nordbayerischen Kurier am vergangenen Wochenende überschrieben, in dem über einen Antrag Haucks an den Oberbürgermeister berichtet wurde. Darin fordert der CSU-Stadtrat, die Infrastruktur des Stadtteils zu verbessern, indem ein Geldautomat aufgestellt, die Postfiliale wiedereröffnet und ein Kinderspielplatz gebaut werden soll.

Außerdem sollte die „Gefahrenstelle“ Fußgängerüberweg auf der Eremitagestraße durch eine Ampelanlage entschärft werden. Angesichts der positiven Bevölkerungsentwicklung dieses Stadtteils seien seine Verbesserungsvorschläge notwendige Konsequenz einer vernachlässigten Versorgungssituation.

Alles Forderungen, die der SPD-Ortsverein bereits zu einer Zeit gestellt hat, als es zum infrastrukturellen Rückbau in St. Johannes kam. 2003 beispielsweise habe der Ortsverein, schreiben die Kanzer Stadtratskandidaten, darunter stellvertretender Vorsitzender Roland Dörfler und Landtagsabgeordneter und Stadtrat Dr. Christoph Rabenstein, sich um die Einrichtung eines Geldautomaten bemüht. Die Sparkasse habe aber „unsere Kanzer Anliegen“ nicht berücksichtigt. Im September 2004, als Hauck schon Stadtrat gewesen sei, habe der Ortsverein die Schließung der Postfiliale zu verhindern versucht. [...]

OV Warmensteinach

Nordbayerischer Kurier vom 22. Januar 2008

SPD ohne Bürgermeisterkandidat

Liste nicht voll bekommen – Für Transparenz und Kontinuität

Auf ihrer Nominierungsversammlung zur Kommunalwahl 2008 erstellten die Warmensteinacher Sozialdemokraten als letzte der vier politischen Gruppierungen in der Kommune ihre Kandidatenliste. Gemeinderat und Ortsvereinsvorsitzender Berthold Schätz teilte dabei den Anwesenden mit, dass es trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen ist, einen eigenen Bürgermeisterkandidaten zu präsentieren.

Zu Beginn der Veranstaltung ergriff der SPD-Landratskandidat Karl Lothes das Wort. In wenigen Sätzen skizzierte er die Schwerpunkte seiner Arbeit, besonders im sozialen und umweltpolitischen Bereich. Eindeutig sprach er sich für mehr Radwege, hier hat der Landkreis immer noch Nachholbedarf, und für eine Fortführung des Regelverkehrs auf der Bahnstrecke Bayreuth bis nach Warmensteinach aus. Ebenso eindeutig lehnte er die Fichtelgebirgsautobahn ab, unabhängig auf welcher Trassenführung.

Diese Autobahn, so Karl Lothes weiter, würde das Fichtelgebirge noch mehr zur Transitregion verkommen lassen und zusätzliche Nachteile für den Tourismus mit sich bringen. Auch das Arbeitsplatzproblem müsse offensiv angegangen werden. [...]

OV Bindlach

Nordbayerischer Kurier vom 22. Januar 2008

Die Bergliste ist über den Berg

177 Unterstützerschriften sichert neuen Kandidaten Zulassung zur Wahl



Jürgen
Masel

Die Bergliste hat die Hürde genommen: 177 Unterstützer haben mit ihrer Unterschrift für die Zulassung der Bergliste zur Bindlacher Gemeinderatswahl am 2. März votiert. Das Ziel ist damit deutlich übererfüllt. 120 Unterschriften wären notwendig gewesen, so bestätigte man gestern im Bindlacher Rathaus. Am heutigen Dienstag wird auch in Bindlacher der Wahlausschuss tagen und endgültig über die Zulassungen zur Gemeinderatswahl am 2. März beschließen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat und designierter Bürgermeisterkandidat Jürgen Masel zeigte sich erfreut über die große Resonanz, die die Bergliste bereits jetzt erfahren habe. „Es ist wichtig, dass endlich eine Gemeinderätin oder ein Gemeinderat vom Berg in dem

Gremium der 20 vertreten ist.“

Schließlich habe der Berg nach wie vor das größte Potenzial an abzuarbeitenden Aufgaben. Masel nannte zuvorderst die Umgehungsstraße – „aber es gibt auch eine Menge kleinerer Themen. Die müssen in einen Aufgabenkatalog und der muss Punkt für Punkt erledigt werden.“ Spitzenkandidat Volker Neisser war sich eigenen Worten nach sicher, dass die Bergliste genügend Rückhalt haben würde. [...]

Nordbayerischer Kurier vom 17. Januar 2008

Halbes Jahrhundert die Vereinskasse verwaltet Walter Wolf erhielt die Willy-Brandt-Medaille

Eine seltene Ehrung wurde dem Lainecker Walter Wolf anlässlich seines 80. Geburtstags zuteil: Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein überreichte ihm die Willy-Brandt-Medaille für sein jahrzehntelanges Engagement in der Partei.

Durch sein ehrenamtliches Wirken in unterschiedlichsten Funktionen, unter anderem fungierte Wolf von 1949 bis 1999 als Kassier des Ortsvereins Laineck, habe er „die sozialdemokratischen Ideale Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in beispielhafter Weise erfüllt“, betonte Rabenstein.

Sein „Grundverständnis von Demokratie“ sei vorbildlich. Auch der Ortsvereinsvorsitzende Jörg Heimler gratulierte dem Jubilar zu der hohen Auszeichnung.

OV Glashütten

Nordbayerischer Kurier vom 15. Januar 2008

Stolz auf das Wachstum SPD sieht sich in Glashütten als politischer Motor

Akzente setzen müsse der Landkreis hinsichtlich des Ausbaus des Radwegenetzes, stellte SPD-Landratskandidat Karl Lothes anlässlich einer Wahlveranstaltung der SPD Glashütten fest. Dies gelte auch für die Radwegeanbindung rund um Glashütten. Das Fahrrad gewinne als Verkehrsmittel und im Freizeitbereich immer mehr an Bedeutung. Lothes forderte ein Radwegekonzept für den Landkreis. Um den Radtourismus weiter zu forcieren, sollten auch Fernradwege stärker unterstützt werden.

Auch für die Region um Glashütten sah Lothes Möglichkeiten für einen weiterführenden Radweg. In Richtung öffentlicher Nahverkehr berichtete Lothes, es sei noch nicht lange her, da wurden die Forderungen der SPD nach einem Bayreuther Verkehrsverbund belächelt. Jetzt schein eine Eingliederung von Bayreuth-Stadt und -Land in den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg Wirklichkeit zu werden. Verbessert werden müsse die Zusammenarbeit von Stadt und Land. Für ihn bedeute der Wahlspruch „Stadt und Land — Hand in Hand“ keine leere Floskel. Für eine Kooperation der Lohengrintherme und der Therme Obernsees lassen sich nach seiner Ansicht Mittel und Wege finden.



Die staatlichen Organe müssten dafür sorgen, dass die Kommunen besser finanziell ausgestattet werden, forderte Bürgermeister Werner Kaniewski. Hierzu gäbe es für Bayern auch nunmehr ein Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Die älteste politische Kraft im Ort sei die SPD. Bereits seit 1919 arbeite sie kommunalpolitisch. Seit Jahrzehnten wäre die SPD der Motor der Gemeinde Glashütten. Von 1985 bis 2007 habe sich die Einwohnerzahl von 1035 auf 1465 erhöht. Diese Erhöhung um 41,6 Prozent mache den Glashüttenern so schnell keiner nach. Darüber hinaus gelinge es seit Jahren, den Haushalt stabil mit einer guten Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen zu halten.

Damit die Bevölkerungszahl weiterhin wachse, müssten auch weiterhin notwendige Investitionen vorgenommen werden. Als Erfolg wertete es der Bürgermeister, dass es gelungen sei den Schulstandort Glashütten zu halten. [...]

OV Pottenstein

Nordbayerischer Kurier vom 7. Januar 2008

SPD-Ortsverein hat sich in diesem Jahr mit der Liste schwer getan Wahlvorschlag SPD und Bürger für die Stadtratswahl

Der SPD-Ortsverein hat sich diesmal schwer getan, seine Liste für den Wahlvorschlag SPD und Bürger für die Stadtratswahl am 2. März zusammenzubringen. Bei einem zweiten Anlauf der Nominierungsversammlung am Samstagabend im Gasthaus Zum Fahnenstein in Tüchersfeld klappte es aber nun doch noch. Allerdings gibt es für die 20 Stadtratssitze nur 13 SPD-Kandidaten.

Zehn der elf anwesenden Wahlberechtigten entschieden sich unter der Versammlungsleitung von SPD-Landratskandidat Karl Lothes für die Annahme der vorgeschlagenen Liste des SPD-Ortsvereins im Blockwahlverfahren.

Als Spitzenkandidat ins Rennen für die SPD und Bürger zieht wie nicht anders zu erwarten der amtierende dritte Bürgermeister und SPD-Chef Hans Gmelch aus Tüchersfeld. Der 57-jährige Pegnitzer Hauptschullehrer und Chorleiter in Pottenstein und Freiahorn sitzt seit 20 Jahren im Stadtrat, und gilt somit als Urgestein der Pottensteiner Sozialdemokratie. Für ihn sind auf der SPD- und Bürgerliste mangels Kandidaten die Plätze eins bis drei reserviert. [...]

OV Mistelgau

Nordbayerischer Kurier vom 31. Dezember 2007

Hans Sturm an der Spitze Nominierungsversammlung von SPD/Freie Wählergemeinschaft



Mit Hans Sturm als Spitzenkandidat geht die SPD-Freie Wählergemeinschaft Gesamtgemeinde Mistelgau, so der offizielle Name, in die Gemeinderatswahl am 2. März. Der seit 1978 amtierende Gemeinderat wurde bei der Nominierungsversammlung auf Platz eins der 16-köpfigen Kandidatenliste gesetzt.

Die vorgeschlagene Liste wurde einstimmig angenommen. Ein klares Votum, gab es auch für die erneute Unterstützung von Bürgermeister Georg Birner, der bekanntlich bei der Wahl ohne Gegenkandidat antreten wird. Nach SPD-Ortsvorsitzender Irene Müller-Plaschko habe die Gemeinde Mistelgau mit Georg Birner als Baufachmann einen so versierten Mann an der Spitze, der stets mit offenen Augen durch seine Kommune gehe.

Ebenso sprachen sich die Versammlungsteilnehmer ohne Gegenstimme für eine erneute Listenverbindung mit der Bürgervereinigung Obersees, der Wählergruppe Truppach-Mengersdorf, der Wählergemeinschaft Plösen-Gollenbach-Wohnsgehaig, der Wählergruppe Seitenbach, der Wählergemeinschaft Frankenhaag und der Bürgergemeinschaft Mistelgau aus.

Eingangs verwies SPD-Ortsvorsitzende Irene Müller-Plaschko darauf, dass im Zusammenhang mit der Erstellung der Kandidatenliste allen bewusst war, dass durch den Tod von Rainer Kolb und Hermann Rohde eine große Lücke hinterlassen wurde und auch weitere bisherige Kandidaten nicht mehr zur Verfügung standen.

Umso mehr sei es erfreulich, so Irene Müller-Plaschko, dass es dennoch gelungen sei, eine sehr gute, gemischte Liste auf die Beine zu stellen. "Vor allem haben wir", so die Ortsvorsitzende, „das neue Baugebiet Kripplein III mit seinen vielen jungen Familien politisch erschlossen". Ausführlich ging Spitzenkandidat Hans Sturm auf die vielfältigen Aktivitäten des Gemeinderates in den letzten sechs Jahren unter der Regie von Georg Birner ein. [...]

OV Gößweinstein

Nordbayerische Nachrichten vom 21. Dezember 2007

Vom dritten auf den ersten Rang? Bauernschmitt will für die SPD Bürgermeister werden

Bei der Aufstellungsversammlung im Gasthof Berghof in Wichsenstein hat der SPD-Ortsverein Gößweinstein 3. Bürgermeister Georg Bauernschmidt aus Sattelmansburg erneut einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl am 2. März 2008 nominiert.

Die Wahl, bei der etwa 20 Personen anwesend waren, leitete die frühere Gößweinsteiner Vizebürgermeisterin und aktuelle SPD-Landratskandidatin Angelika Limmer. Auf der politischen Bühne im Wallfahrtsort zählt Bauernschmidt zu den erfahrenen Kommunalpolitikern. Seit 1984 ist er Mitglied im Marktgemeinderat und seit 2002 ist er 3. Bürgermeister des Marktes.

Nach interner Abstimmung in der Fraktion und im Ortsverein waren sich die Genossen einig, wieder mit einem eigenen Bürgermeisterkandidaten ins Rennen zu gehen. Für den 52-jährigen Sozialdemokraten, der von Beruf Techniker ist und im Marktgemeinderat als Finanzexperte gilt und dort auch Fraktionssprecher der SPD ist, steht die Sachpolitik und eine parteiübergreifende Zusammenarbeit im Vordergrund.

OV Haag

Nordbayerischer Kurier vom 17. Dezember 2007

Annemarie Helfensteller will Bürgermeisterin werden Die SPD Haag stellt eigene Kandidatin auf

Dr. Annemarie Helfensteller wird, für die SPD als Kandidatin für das Bürgermeisteramt bei der Gemeinderatswahl am 2. März kommenden Jahres ins Rennen gehen. Bei der Nominierungsversammlung wurde die 50-jährige einstimmig auf Platz eins der Kandidatenliste gewählt. Wahlleiter Uwe Kierzkowski sprach davon, dass es gelungen sei, viele gute Kandidaten für die SPD-Liste zu gewinnen.

Zwar seien nicht alle Mitglieder der SPD, aber sie stünden ihr zumindest nahe. In Haag habe sich in den letzten Jahren zwar einiges getan, trotzdem wolle man den Ort weiter voranbringen. Wegen der guten Liste gehe er von einem Stimmenzugewinn aus. Annemarie Helfensteller, eine gebürtiger Rheinländerin, hatte, bevor sie in Haag sesshaft wurde, vielfältige Tätigkeiten im Ausland und an deutschen Museen.

Zwar verfüge Haag über eine intakte Natur um den Ort herum, über eine gute Verkehrsanbindung und bedingt durch die Umgehungsstraße über viel Ruhe. Trotzdem sei es wichtig, sich für eine weitere Verbesserung der Lebensqualität einzusetzen. Vor allem eine Umgehungsstraße für Untenschreez sei unbedingt notwendig. In Haag fehle zum Beispiel eine Dorfkneipe. Erforderlich sei auch die Gründung eines Volkshochschulvereins in der Gemeinde Haag, der einen Schwerpunkt auf die Musikerziehung der Kinder legt.

Darüber hinaus sei sie sich sicher, dass sich die Kinder — neben einem Fußball- und Bolzplatz — auch über einen Platz zum Skateboardfahren freuen. Das Motto der Haager SPD sei „Mehr für Kinder — mehr für unsere Zukunft“. Die Kandidatur für das Bürgermeisteramt sei eine Herausforderung, die sie gerne annehme. Ernst Friedlein kritisierte Teile der bayerischen Bildungspolitik. Mit der Hereinholung der Kinder in die 5. und 6. Klassen der Bayreuther weiterführenden Schulen habe der Freistaat zu Lasten pädagogischer Erfordernisse versucht Lehrer einzusparen. [...]

OV Pegnitz

Nordbayerische Nachrichten vom 15. Dezember 2007

SPD ist sehr optimistisch für Stadtratswahl

Karl Lothes: „Wir werden zulegen“ – Stolz auf das Geleistete von VGN bis Kinderkrippe

Karl Lothes brachte es auf den Punkt: „Ich bin überzeugt, dass wir bei der Wahl bei den Stadtratssitzen zulegen werden.“ Einigkeit zeigten die 30 SPDler, als sie für die Liste der Stadtratskandidaten votierten. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Oliver Winkelmaier, präsentierte diese Kandidaten. Er meinte, dass in den vergangenen sechs Jahren die SPD-Stadträte in der Pegnitzer Kommunalpolitik einiges bewegen konnten. „Zum Wohle der Menschen wurde vieles durchgesetzt und auf den Weg gebracht. Dies soll auch die Maxime für die nächste Wahl sein. Die SPD-Mannschaft für die Zukunft steht“.



Erfreut verwies er auf den hohen Frauenanteil. Ansonsten stehen Kandidaten aus den eigenen Reihen wie auch freie Bewerber auf der Liste. Es wird ein breites Spektrum verschiedenster Berufe präsentiert, mit denen auch immer ein breit gefächertes Wissen und verschiedenste Kompetenzen einhergehen. Eine gute Mischung der Kandidaten aus dem Umland zählte er ebenso zu den positiven Aspekten wie die Mischung aus nahezu allen Altersschichten.

Fraktionsführer Uwe Raab dankte allen Bewerbern für ihre Bereitschaft und das Engagement und betonte, dass die Mitwirkung an der Kommunalpolitik auch Spaß machen soll. Er sagte: „Wir stehen hier in der Tradition von Hans und Fritz Gentner, von Hans Scheuerlein und Else Potzler bis hin zu Reinhard Ullmann. Sie fühlten sich alle durch einen Geist verbunden.“ Er beschrieb ihn so: „Sozialdemokrat zu sein in der Kommunalpolitik bedeutet, sachlich gute Politik zu machen und zu wissen, für wen und wofür man da ist. Nämlich für die kleinen Leute und um den größten Humbug zu verhindern.“ [...]

OV Eckersdorf-Donndorf

Nordbayerischer Kurier vom 11. Dezember 2007

Seit 40 Jahren bei der SPD

Ehrung für früheren Gemeinderat Helmut Wölfel

Für 40 Jahre Treue zur SPD wurde der ehemalige Gemeinderat Helmut Wölfel im Zuge der Weihnachtsfeier der SPD Eckersdorf-Donndorf im Hotel Fantaisie ausgezeichnet. Die Ehrung nahmen neben Ortsvorsitzendem Manfred Präcklein und seiner Stellvertreterin Katja Meixner auch der SPD-Landratskandidat Karl Lothes vor. Lothes verkündete bei der gut besuchten Veranstaltung, sich für das ersehnte Seniorenheim in Mistelbach einsetzen zu wollen. Präcklein schnitt sein „Lieblingsthema“ an, die Gemeindefinanzen. Er warf dem Bürgermeister vor, das Wort Schuldenabbau falsch zu gebrauchen.

Durch die von diesem dafür ins Feld geführte Abfinanzierung dreier von fünf Geschäftsbesorgungsverträgen im Gesamtwert von rund 1,3 Millionen Euro werde der gemeindliche Schuldenstand nach Abzug der Tilgungen um rund eine Million Euro anwachsen, anstatt zu sinken, so Präcklein. Als falsch entlarven will Präcklein die Aussage im amtlichen Mitteilungsblatt, die Energiekostenentwicklung in der Schule sei im Wesentlichen nicht hausgemacht. Bei einem 45prozentigen Ölverbrauchsanstieg im Jahre 2006 auf nunmehr 141 000 Liter Öl könne nicht von Witterungseinflüssen gesprochen werden, so der kühle Rechner. [...]

OV Speichersdorf

Nordbayerischer Kurier vom 10. Dezember 2007

Mindestens vier Sitze

Harmonisch verlaufende Nominierungsversammlung der Speichersdorfer SPD

Als dritte politische Gruppierung hat die Speichersdorfer SPD ihre Kandidatenliste für die Kommunalwahl vorgelegt. Wie die Freie Wählergemeinschaft will auch die SPD keinen eigenen Kandidaten für das Bürgermeisteramt stellen.

Ortsvereinsvorsitzender Hermann Eisenhut sagte auf Anfrage, es sei nicht geplant, einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Eisenhut steht auf Platz eins der Nominierungsliste, die von den anwesenden SPD-Mitgliedern in der Bahnhofsgaststätte am Freitagabend einstimmig in einer harmonisch verlaufenden Nominierungsversammlung beschlossen wurde.

Sein Hauptanliegen sei es, so Eisenhut, der, jahrelang an der Spitze der Falken tätig war, „aus der Wohngemeinde Speichersdorf wieder eine Arbeits- und Wohngemeinde zu machen“. Der älteste Kandidat auf der Liste ist stellvertretender Bürgermeister Helmut Raps, der zum achten Mal für den Gemeinderat kandidiert. Er verwies auf die gute Zusammenarbeit mit dem amtierenden Bürgermeister Manfred Porsch. [...]

OV Hummeltal

Nordbayerische Nachrichten vom 4. Dezember 2007

Helmut Distler auf Platz eins

Nominierungsversammlung der SPD Hummeltal

Mit 13 Kandidaten tritt die SPD bei der Kommunalwahl am 2. März 2008 an. Versammlungsleiter Klaus Zielonka stellte die durch die Vorstandschaft vorgeschlagenen Kandidaten in der Gaststätte Hauenstein vor. Die Wahl der vorgeschlagenen Bewerber auf dem jeweiligen Listenplatz erfolgte einstimmig. Mit drei Frauen liegt die Frauenquote der Liste bei rund 23 Prozent. Der parteilose Gemeinderat Helmut Distler führt die Liste an. Versammlungsleiter Klaus Zielonka stellte fest, Ziel sei es, im künftigen Gemeinderat Fraktionsstärke zu behalten.

Wichtiges Ziel sei es, so der Gemeinderat, vernünftige Kommunalpolitik für alle Bürger zu machen. Hierbei gelte es, alle Ortsteile zur berücksichtigen. Dies spiegle auch die Auswahl der angetretenen Kandidaten wieder. Die Bewerber auf der Liste seien allesamt engagierte Bürger, die sich in besonderer Weise für den Ort einbringen wollen. Zielonka betonte, dass unter ihren Bewerbern alle Bürger ihren Kandidaten finden. Aus Sicht der SPD sei nicht die Quantität der Kandidaten, sondern deren Qualität entscheidend.

Man habe in besonderer Weise Bewerber mit einem gesunden Sach- und Menschenverstand auf die Liste genommen. Darüber hinaus brauche die Gemeinde Hummeltal Gemeinderäte, die sich wie die etwas Sagen trauten. Trotzdem soll es bei der SPD keinen „Fraktionszwang“ geben. Jeder werde seine eigene Meinung vertreten. Einige Bewerber seien Nichtmitglieder; so auch Helmut Distler, der den Spitzenplatz der Liste innehat. Als wichtige Aufgabe für die nächste Legislaturperiode des Gemeinderates nannte Zielonka, die Infrastrukturverbesserung. Hierunter sei auch die Schaffung von Senioren- und Kinderkrippenplätzen. Auch bei der Verteilung der Vereinszuschüsse gäbe es Verbesserungsbedarf.

OV Gefrees

Bayerische Rundschau vom 28. November 2007

Harald Schlegel tritt erneut an

Die SPD Gefrees votierte einstimmig für den amtierenden Bürgermeister



Amtsinhaber Harald Schlegel tritt bei der Kommunalwahl am 2. März erneut als Bürgermeisterkandidat der Gefreeseer Sozialdemokraten an. Der 53-jährige studierte Sozialpädagoge, der seit 2002 als Bürgermeister amtiert, wurde bei der Nominierungsversammlung des SPD-Ortsvereins mit Prozent der Stimmen auf den Schild gehoben.

Schlegel kündigte an, zusammen mit den Stadtratskandidaten der SPD in den kommenden Wahlkampfwochen alles zu unternehmen, um die führende Stellung der Sozialdemokraten in der Gefreeseer Stadtpolitik weiter auszubauen. Derzeit stellt die SPD im Stadtrat acht von 17 Mitgliedern. [...]

OV Plech

Nordbayerischer Kurier vom 21. November 2007

SPD: Unterstützung für Heidi Gentsch

Hoffnung bei Kandidatenkür: Ehemaliges Kräfteverhältnis wiederherstellen

Der SPD-Ortsverein Plech geht mit einer ausgewogenen und stark verjüngten Mannschaft in das bevorstehende Wahljahr. Bei der Nominierungsversammlung im Vereinslokal Goldenes Herz war man sich einig: Die ehemaligen Kräfteverhältnisse im Gemeinderat müssen wieder hergestellt und damit die bisherige Einzelkämpferin Heidi Gentsch entlastet werden.



Vorsitzende Heidi Gentsch zeigte sich zufrieden mit der vorbereiteten Kandidatenliste, auf der die ersten neun Bewerber zwei Mal aufgeführt sind. Man könne trotz allgemeiner Politikverdrossenheit geeignete und qualifizierte Personen präsentieren, die den Markt weiter voranbringen und der Kommune eine soziale Komponente verleihen, so der allgemeine Tenor.

„In Plech macht es Spaß, sich zu engagieren“, resümierte Gentsch und verwies auf die jüngsten Erfolge mit den Bau- und Gewerbegebieten, sowie der Installierung von Freizeit-, Spiel- und Sportanlagen. „Man muss jedoch auch mit Kritik umgehen Mimen und Richtungsänderungen nach fruchtbaren Diskussionen tolerieren“, verteidigte sie gelegentliche Unstimmigkeiten.

Einig war man sich unisono, dass kompetente Persönlichkeiten die Liste bilden, deren Engagement anerkannt und daher ein gutes Wahlergebnis vorprogrammiert ist. [...]

OV Hausen

Fränkischer Tag vom 24. Januar 2008

Gerd Zimmer darf antreten

Der Wahlausschuss gab grünes Licht für Bürgermeister-Kandidatur



Um ein Haar hätte die Wahlprüfung in der Gemeinde Hausen mit einem Paukenschlag geendet. Es ging um die Frage, ob der Kandidat der SPD für das Bürgermeisteramt, Gerd Zimmer, überhaupt wählbar ist die Frage wurde am Ende einstimmig im Sinne Zimmers entschieden - aber wohl vor allem des Dorffriedens zuliebe. Denn die Zweifel an der Wählbarkeit des Bewerbers blieben, wobei der fünfköpfige Wahlausschuss mit der Erkenntnis leben musste, dass ihm Politik und Rechtsprechung in jeder Hinsicht den Schwarzen Peter zugeschoben hatten. Ein Hinweis aus dem Landratsamt hatte den Ausschuss am Vortag der Entscheidung über die Zulassung der

Wahlbewerber aufgeschreckt.

Denn im bayerischen Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) gibt es einen Artikel 39, „Wählbarkeit für das Amt des ersten Bürgermeisters und des Landrats“, in dessen Absatz 2, Ziffer 6, es lapidar heißt: „Nicht wählbar ist, wer am Wahltag nachweisbar dienstunfähig ist.“ Gerd Zimmer war vor etlichen Jahren in Niedersachsen im mittleren technischen Betriebsdienst der Deutschen Bundesbahn wegen Dienstunfähigkeit in den vorgezogenen Ruhestand entlassen worden und bezieht seitdem Pensionsgelder. „Der Kandidat Zimmer hat eine Erklärung unterschrieben, dass er nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist“, so Gemeindevahlleiter Horst Lindner. Auch die Wahlfachleute der SPD hätten die bestehende Problematik nicht erkannt. Denn wenn jemand nicht einmal im mittleren Dienst auf eine Innendienststelle am Schreibtisch versetzt werden kann, ist anzunehmen, dass er auch für ein dem gehobenen Dienst zugehöriges Bürgermeisteramt dienstunfähig ist. Dieser Auffassung des Landratsamts schloss sich auch die Bezirksregierung an, bei der man eine Rechtsauskunft eingeholt hatte. Die Ministerialbürokratie in München mauerte: Ohne eine schriftliche Eingabe wolle man sich nicht äußern. Der Wahlausschuss hatte aber hier und jetzt zu entscheiden.

OV Pretzfeld

Fränkischer Tag vom 19. Dezember 2007

Sie will Rathauschefin werden

Die Liste „SPD und Ökologen“ in Pretzfeld nominierte ihre Kandidaten

Rose Stark wurde einstimmig von den Mitgliedern der Liste „SPD und Ökologen“ als Bürgermeisterkandidatin für die Kommunalwahl nominiert. „Mit Rose Stark stellen wir eine Kandidatin auf, die sich durch ihr langjähriges Engagement in der Kommunalpolitik auch in unserer Gemeinde auszeichnet“ betonte Siegfried Vogel. „Sie ist seit zwölf Jahren Kreisrätin der WLF, seit sechs Jahren Marktgemeinderätin in Pretzfeld und war vorher Gemeinderätin in Effeltrich.



Partei übergreifend, geradlinig, bürgernah, mit diesen Eigenschaften will Rose Stark ans Werk gehen. Sie setzt auf sachliche Zusammenarbeit im Marktgemeinderat. Insbesondere ist ihr die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindung zur Förderung eines politisch wachen und regen Klimas wichtig.

Ihr Motto: „Miteinander statt übereinander sprechen!“ Um mit Haushaltsmitteln sparsam umzugehen, möchte sie Finanzen gezielt einsetzen und Folgekosten und Belastungen für nachfolgende Generationen beachten. [...]

Forchheim

Fränkischer Tag vom 18. Januar 2008

„Ich bin keine Einzelkämpferin“

Christa Gerdes will für die SPD Bürgermeisterin in Forchheim werden



Christa Gerdes ist keine Frau der großen Worte, aber sie ist eine geübte Rednerin. Sie ist keine, die es auf die Bühne drängt, aber wenn sie beschlossen hat, zum Mikrofon zu greifen, "dann rede ich auch gern." Kurz gesagt: Sie ist eine Kandidatin, die man leicht unterschätzen könnte. Seit Juli weiß die 52-Jährige, dass sie für die SPD Oberbürgermeisterin von Forchheim werden will. Und seitdem „büffelt“ sie lokalpolitisches Wissen. Bei den Sozialdemokraten ist Christa Gerdes seit 1996, um ein Mandat hatte sie sich bislang nie beworben.

Was die Abläufe in der Forchheimer Politik und im Rathaus betreffen, könne sie den Wissensvorsprung eines Oberbürgermeisters Franz Stumpf natürlich niemals aufholen. „Aber ich bin Physikerin“, sagt Christa Gerdes. „Ich bin es gewohnt, Informationen zu sammeln, zu analysieren und Maßnahmen zu ergreifen.“ Sie sieht also Parallelen. Zwischen ihrem Beruf und der Anforderung, die an eine Bürgermeisterin gestellt wird. Auch zwischen ihrer Tätigkeit als Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Siemens und dem politischen Handeln. [...]

OV Heroldsbach

Nordbayerische Nachrichten vom 17. Dezember 2007

Edgar Büttner führt Liste an

Heroldsbacher SPD nominiert Zugpferd als Bürgermeister

Mit dem Sozialdemokraten Edgar Büttner reiht sich ein weiterer Kandidat in die Reihe der Anwärter auf das höchste politische Amt in der Gemeinde ein. Bei der Aufstellungsversammlung nominierten die Mitglieder des SPD-Ortsverbandes den derzeit 2. Bürgermeister einstimmig zu ihrem Bürgermeisterkandidaten.

Auf der politischen Ebene ist Büttner kein unbeschriebenes Blatt. Bereits seit 1972 engagiert er sich in der SPD. 1996 bis 2002 war er 3. Bürgermeister der Gemeinde, seitdem ist er 2. Bürgermeister. Seit 2001 gehört Büttner auch dem Kreisvorstand der SPD an. Auch vertritt er die SPD als Kreisrat.

Er habe lange mit sich gerungen, jedoch aus Liebe zu seiner Heimatgemeinde habe er sich bereit erklärt, Verantwortung als Bürgermeister zu übernehmen, erklärte der 56-Jährige, der seit rund 40 Jahren bei Siemens arbeitet, bei der Nominierungsversammlung. Er wolle die langjährig erfolgreiche Arbeit mit seinen Gemeinderatskollegen Werner Mönies und Erich Thomas weiter fortführen und die politische Arbeit auch zukünftig offen und bürgernah gestalten, sagte Büttner. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger müssten bei allen Entscheidungen im „Vordergrund“ stehen.

Ein offenes Rathaus mit „bürgernahem Verwaltungshandeln“ eine offene und informationsreiche Kommunalpolitik, einen soliden und vorausplanenden Haushalt und die Tatsache, dass Heroldsbach für alle Generationen attraktiv ist, sind seine Ziele. Konkret nennt er dabei die Einführung eines M-Zuges an der Hauptschule, eine verbesserte Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen, die Unterstützung der offenen Jugendarbeit durch die Anstellung einer Fachkraft, aber auch die Realisierung von entsprechenden Einrichtungen für die Senioren. Städtebausanierung, eine umfassende Dorferneuerung in Oesdorf und eine Intensivierung der Gewerbeansiedlungspolitik sind weitere Zielvorstellungen des Kommunalpolitikers. [...]

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 9. Januar 2008

„Polemik und Tatsachenverdrehung“

Entschiedener Widerspruch der SPD gegen Oberbürgermeister Hohls Neujahrsrede

Auf entschiedenen Widerspruch der Bayreuther SPD stoßen die Aussagen von Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl beim CSU-Neujahrsempfang. Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Dr. Christoph Rabenstein wirft Hohl parteipolitische Polemik und Tatsachenverdrehung vor.



Die Behauptung Hohls, in Bayreuth habe sich in den 18 Monaten seiner Amtszeit „mehr getan als in den fünf Jahren zuvor“, zeuge von „Realitätsverlust und Selbstüberschätzung“. Rabenstein: „Bei diesem grotesken Vergleich braucht Hohl zum Aufbau eines seriösen OB-Wissens ganz offensichtlich Nachhilfeunterricht aus den umfangreichen Jahresbilanzen seines verdienten Amtsvorgängers Dr. Dieter Mronz.“ Hohl habe seit seinem Amtsantritt im Mai 2006 viele bedeutende Projekte der Stadtentwicklung einweihen oder fortsetzen können, die jedoch alle nicht von ihm stammten, sondern in der Regie von Mronz mit dem Stadtrat ausgearbeitet und auf den Weg gebracht waren: darunter die neue ZOH, die Maxstraße 48, alle Schulneubauten an Gymnasien und Volksschulen für zehn Millionen Euro.

Außerdem die, so Rabenstein, von Mronz samt Rathaus maßgebend ausgehandelte und unterstützte Neutrassierung der Bundesstraße 22/Ost sowie die Neunutzung des ehemaligen NSB-Geländes samt Erhaltung des denkmalgeschützten C-Baues bis hin zur jetzt beginnenden Verwertung der neuen Gewerbegebiete Am Flugplatz und am Kompetenzzentrum – alles fertige Projekte, die Hohl aus dem reichen Nachlass seines Vorgängers mit geerbt hatte.

Bei den lauten Worten Hohls stehe die Frage im Raum, welches konkrete Investitionsprojekt er seit Mai 2006 in eigener Erarbeitung überhaupt aufzuweisen vermag und mit welchen Eigenleistungen er für die nächste Zeit einen vergleichbaren Fortschritt wie in den Jahren vor ihm schaffen werde, so Rabenstein.

In seiner bald zweijährigen Amtszeit seien laut Feststellung des SPD-Stadtverbands „viele tönende Wahlversprechen immer noch unerfüllt: etwa die mit oberstem Rang propagierte Neunutzung des Reichshofareals mitten am Markt oder die bessere Grüne Welle im Straßennetz oder die schlanke Verwaltung, die von ihm entgegen des früheren Sparkurses kräftig aufgestockt wurde, oder die geforderte wirtschaftliche Stützung des Bayreuther Spitzensports“.

Rabenstein bewertet es als „unerträgliche Tatsachenverdrehung“, das Hohl behaupte, der Rückgang einzelner statistischer Kennziffern Bayreuths sei „die Quittung für die von der SPD verantwortete Kommunalpolitik“. Nicht in Bayreuth hausgemacht, sondern fremd verursacht durch die CSU-Staatsregierung sieht der SPD-Vorstand empfindliche Substanzverluste Bayreuths wie den Abzug der traditionsreichen Lehrerbildung von der Universität Bayreuth mit rund 600 Studenten zuzüglich Lehrpersonal in Richtung Bamberg, Nürnberg und Regensburg.

Einen zusätzlichen Rückschlag hätten die Verlagerung oder der Abbau wichtiger Staatsbehörden in Bayreuth wie des Gewerbeaufsichtsamts oder des Wasserwirtschaftsamts gebracht. Es sei infam, die Folgen eines derartigen staatlichen Aderlasses in Bayreuth, gegen den OB Mronz mit Unterstützung der SPD-Fraktion und anderer Fraktionen vehement gekämpft hatte, nun als Schuldzuweisung der SPD-Kommunalpolitik anhängen zu wollen.

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 29./30. Dezember 2007

SPD fordert mehr Defibrillatoren



Stadträte und Stadtratskandidaten der SPD haben sich beim Roten Kreuz in der Hindenburgstraße informiert, wie es in Bayreuth um die Verfügbarkeit so genannter Laiendefibrillatoren steht. Es handelt sich um schuhschachtelgroße medizinische Geräte zur Rettung von Menschen mit tödlichen Herzrhythmusstörungen. Die können von Laien bedient werden und müssen binnen zwei bis fünf Minuten zum Einsatz kommen, um einen Menschen vom plötzlichen Herztod zu retten. Dr. Stefan Eigl, Anästhesist am Klinikum und Notarzt beim Roten Kreuz, schulte und informierte die Gruppe des Arbeitskreises Gesundheit der SPD. [...]

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 24. Dezember 2007

Braten und SPD

Weihnachtessen für die Tafel im Gasthof Becher

Eine Menschentraube steht am Samstag vor dem Laden der Bayreuther Tafel in der St.-Nikolaus- Straße 2. Obwohl es schon dunkel ist und die eisig kalte Nacht begonnen hat. Am selben Abend hat die Bayreuther SPD zu einem Weihnachtessen in den Gasthof Becher-Bräu eingeladen. Doch die weihnachtlich geschmückten Tische im Saal im ersten Stock füllen sich kurz nach 19 Uhr nur langsam. Dabei gibt es heute, dank vieler Sponsoren, ein Weihnachtessen für Bedürftige.



Wer mit einem Gutschein von der Tafel ausgestattet ist, bekommt Schweinebraten, Salat und Nachtisch und ein Freigetränk, spendiert von der Wirtin Anna Hacker. In der Rolle der Bedienung Obwohl einige SPD-Kandidaten für den Stadtrat in die Rolle der Bedienung schlüpfen, betont Landtagspolitiker Dr. Christoph Rabenstein, dass es sich nicht um eine parteipolitische Veranstaltung handelt.

Die Idee habe er von der Münchner SPD, die jährlich Münchner Arme ins Hofbräuhaus einlädt. „Wir haben zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung, aber er kommt bei vielen nicht an“, sagt Rabenstein. Seine Partei habe sich schon immer um diejenigen gekümmert, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stünden. Zum Zeichen, dass dies nichts mit Kommunalwahlkampf zu tun habe, versicherte er das Weihnachtessen im nächsten Jahr wiederholen zu wollen.

Dr. Beate Kuhn sagte, sie mache es betroffen, regelmäßig so viele Menschen vor der Ladentür der Tafel stehen zu sehen. „Wir wollen einfach dazu beitragen, dass die Arbeit des Vereins in der Öffentlichkeit mehr Beachtung findet.“ Alle, die sich für den Verein engagieren, arbeiten unentgeltlich.

Der stellvertretende Vorsitzende Reinhard Lammel freute sich über das Fest: „Es ist sicher auch ein bisschen Wahlkampf. Aber die Hauptsache ist, dass das gesammelte Geld dafür eingesetzt wird, den Leuten einen schönen Abend zu bereiten.“ Auch er registriert, dass der Saal nicht ganz voll ist, „vielleicht gibt es gewisse Berührungsängste“. 1200 Ausweise würden von der Tafel verwaltet, berichtet er. [...]

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 20. Dezember 2007

Mitgestalten zu können, ist ein tolles Gefühl

Seit 20 Jahren für die SPD im Stadtrat: Petra Nölkel bekam die Goldene Bürgermedaille



Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD und Stadträtin Petra Nölkel hat gestern bei einer Feierstunde im Rathaus die Goldene Bürgermedaille der Stadt Bayreuth entgegengenommen.

20 Jahre Stadtratsarbeit mit den Schwerpunkten Kinder- und Jugendpolitik, Umwelt, Kultur und Stadtentwicklung: Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl nannte Petra Nölkel, die am 6. Dezember 1987 als Nachrückerin in das Gremium kam und bei den Kommunalwahlen 1990, 1996 und 2002 sehr achtbare Ergebnisse erreichte, eine „engagierte Sachwalterin für sozial

schwächere Gruppen“. [...]

Bayreuth

Nordbayerischer Kurier vom 15./16. Dezember 2007

Engagement für Jugend und Sport ausgezeichnet Verdienstmedaille für Christa Müller-Feuerstein

Kindern und Jugendlichen gehört ihre ganze Schaffenskraft. Für den Sport macht sie sich stark. Und wenn es gegen Waffen und Gewalt oder für den Einsatz von Tsunami-Opfern geht, steht sie in der ersten Reihe der Helfer: die Bayreuther Stadträtin Christa Müller-Feuerstein.



Gestern wurde sie mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl würdigte das hohe Engagement der SPD-Stadträtin, die hauptberuflich eine Veranstaltungsagentur in Bayreuth betreibt, in der Feierstunde.

Seit mehr als zwölf Jahren setze sich Müller-Feuerstein ehrenamtlich für das Kinderhilfswerk Unicef ein, habe wesentlich am Aufbau der Unicef-Außenstelle in Bayreuth mitgearbeitet, die sie seit 2000 leitet.

Viele tausend Kinder waren seither jährlich bei den Unicef-Kinderfesten im Hofgarten, die Müller-Feuerstein ins Leben gerufen hat und die alljährlich vom KURIER präsentiert werden. Im Jahr 2000 berief Müller-Feuerstein, so Hohl in seiner Laudatio, eine Initiative für Aidsweisen in Uganda ein, die zwischenzeitlich von der Aidsberatung Oberfranken weitergeführt wird.

Bundesweites Aufsehen erregte die Menschenkette gegen Waffen und Gewalt, an der mehr als 4000 Bayreuther Schüler teilnahmen. Auch hier hatte Christa Müller-Feuerstein den Anstoß gegeben, unterstützt vom KURIER.

Doch nicht nur für Kinder in aller Welt setzt sich die Stadträtin ein, die im Jahr 1993 mit ihren beiden Söhnen von Hamburg in ihre Geburtsstadt Bayreuth zurückgekommen war: Neben Unicef galt ihr Engagement seitdem auch der Jugendarbeit im Stadtteil Oberpreuschwitz, wo sie für die Jugendlichen einen festen Treffpunkt im Schulhaus organisierte. [...]

Kölner Stadt-Anzeiger vom 12./13. Januar 2008

SPD will Praktikanten gesetzlich schützen Partei-Vize Andrea Nahles kritisiert „Ausbeutung“



Gegen Praktika hat Andrea Nahles nichts, sagt sie. Aber sie habe etwas dagegen, wenn junge Menschen unfair behandelt würden. "Die SPD fordert ausdrücklich eine gesetzliche Regelung, um Praktikanten vor Missbrauch zu schützen", betont die stellvertretende Parteivorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Was nicht gehe, sagt Nahles dem "Kölner Stadt-Anzeiger", seien drei Dinge. Erstens: dass junge Leute nach der Ausbildung mit Jobversprechen gelockt würden, die dann nie eingelöst würden. Zweitens: dass es immer mehr Praktika gebe, die in Wahrheit Arbeitsverhältnisse seien.

Und drittens: dass man dabei nicht mal bezahlt werde. Nahles: "Das ist doch die Höhe: Dass junge Menschen monatelang wie Arbeitskräfte eingesetzt werden – und dann auch noch alles für lau. Das ist, meine ich, Ausbeutung."

Nahles fordert, Praktika besser als bislang von Arbeitsverhältnissen abzugrenzen. Was bedeutet das konkret? Auch heute sei es bereits so, dass in einem Praktikum die Ausbildungsinhalte überwiegen müssten, erklärt Anette Kramme, SPD-Bundestagsabgeordnete und Anwältin für Arbeitsrecht. Werde jemand wie eine volle Arbeitskraft eingesetzt, könne er theoretisch auf Einstellung klagen. Praktisch habe er aber kaum eine Chance: Vor Gericht sei es schwierig zu beweisen, dass ein Arbeitsverhältnis vorliegt.

Deshalb schlägt die SPD-Politikerin „eine Umkehr der Beweislast“ vor. Sie sagt: „Sinnvoll wäre eine Regelung, nach der ein Arbeitsverhältnis vorliegt, sobald ein Praktikum eine Dauer von zwei Monaten überschreitet – es sei denn, der Arbeitgeber kann nachweisen, dass es sich noch immer um ein Praktikum handelt.“ Kramme möchte zudem einen schriftlichen Vertrag für Praktikanten zur Pflicht zu machen.

Die Frage befindet sich seit etwa zwei Jahren auf der Agenda. Junge Menschen sammelten über 100 000 Unterschriften für faire Praktika und brachten Petitionen in den Bundestag ein. Im Herbst 2006 drohte der damalige Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) den Firmen verschärfte Gesetze an. Die Chefin der SPD-Jugendorganisation Jusos, Franziska Drohsel, kritisiert jetzt: „Uns wäre es lieber, wenn es mit einer Lösung schneller ginge.“ Doch bis heute ist die Datenbasis umstritten. Arbeitgeberverbände bestreiten, dass die Zahl der Praktika gestiegen sei. Sie warnen, dass bei Überregulierung Praktikumsplätze zum Leidwesen von Menschen in 'der Berufsorientierungsphase wegfallen würden.

Gibt es die "Generation Praktikum" also überhaupt? Ja, sagen die Autoren einer DGB-Studie. Sie habe 500 frühere Studenten der FU Berlin und der Uni Köln befragt. 37 Prozent der Befragten haben nach dem Abschluss ein mehrmonatiges Praktikum gemacht: ein Ergebnis, das repräsentativ für beide Universitäten, aber nicht für ganz Deutschland ist. Das Hochschulinformationssystem sieht die Zahl der Absolventen im Praktikum dagegen bei unter 20 Prozent. Allerdings ist auch laut dieser Studie ein Drittel der Geisteswissenschaftler betroffen.

In der Union gibt es viel Skepsis gegenüber einer Gesetzesänderung. So warnt die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär, aus der „Generation Praktikum“ dürfe keine „Generation Theorie“ werden. „Damit helfen wir keinem einzigen Hochschulabsolventen.“ Die stellvertretende SPD-Chefin Nahles meint dennoch: „Ich bin zuversichtlich, dass wir uns mit der Union einig werden.“ Die Juso-Vorsitzende Drohsel droht: „Der Schutz von Praktikanten kann auch ein Wahlkampfthema sein.“

Spiegel online vom 6. Februar 2008

Ausbeutung verboten SPD will Praktikanten schützen

Gut zwei Jahre nach der Debatte über die "Generation Praktikum" kommen die Sozialdemokraten in Wallung: SPD-Vize Andrea Nahles hat für den März einen Gesetzentwurf angekündigt. Feste Regeln sollen gegen Ausbeutung von Praktikanten helfen.

Gemächlich geht es bisweilen in der Politik zu. Um die "Generation Praktikum" gab es in Deutschland einmal mächtiges Getöse: Studenten und Absolventen, die sich mit der vagen Aussicht auf eine feste Stelle von Praktikum zu Praktikum hangeln, beschwerten sich über unfaire Firmen. Lange Praktika mit geringer oder gleich ganz ohne Bezahlung, ewiges Hinhalten, ein Leben in der Drehtür - das hat ja keine Perspektive. Also schrieben sich grimmige Praktikanten ihren Frust von der Seele, das Feuilleton stimmte mit Debatten über das "Prekariat" ein, als Buch zur Bewegung erschien "Die Lebenspraktikanten". Vereine, Ratgeberseiten und das Firmen-Gütesiegel Fair Work entstanden. Und als Weckruf an die Politik sollten zwei Petitionen an den Bundestag dienen, die beachtliche 100.000 Unterstützer fanden.

Gut zwei Jahre ist das her. Seitdem ist es um die so vielbesungene "Generation Praktikum" stiller geworden, zumal Arbeitsmarkt-Experten ihre Existenz bezweifelten - weil Kettenpraktika ein Phänomen vor allem bei Geisteswissenschaftlern, aber viel weniger bei jungen Akademikern anderer Disziplinen sind.

Mit viel Verspätung haben die Sozialdemokraten jetzt-aber-wirklich angekündigt, ihre schon lange geplante Gesetzesinitiative für faire Praktika endlich umzusetzen: Im März solle ein Entwurf im Bundestag eingebracht werden, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles heute. Sie ist auch arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und sagte der "Thüringer Allgemeinen", für die Vergabe von Praktika in Unternehmen solle es "feste Regeln" geben. Es könne nicht sein, dass Praktika, die einen Arbeitsplatz ersetzen, ohne Gehalt angeboten würden. "Das muss geändert werden", so Nahles. Nach Schätzung der Gewerkschaften gibt es rund 400.000 Praktikanten in Deutschland.

Was genau im Gesetzentwurf stehen soll, verriet Nahles heute noch nicht. Die Richtung hatte sie bereits Anfang Januar im "Kölner Stadtanzeiger" angedeutet. Es gehe um drei Dinge: dass junge Menschen nach der Ausbildung mit Jobversprechen gelockt würden, die dann nie eingelöst würden. Dass hinter immer mehr Praktika in Wahrheit Arbeitsverhältnisse steckten. Und dass man dabei nicht mal bezahlt werde. O-Ton Nahles: "Das ist doch die Höhe: Junge Menschen werden monatelang wie Arbeitskräfte eingesetzt - und dann auch noch alles für lau. Das ist, meine ich, Ausbeutung."

Anette Kramme, ebenfalls Bundestagsabgeordnete der SPD, hatte die Pläne konkretisiert: "Sinnvoll wäre eine Regelung, nach der ein Arbeitsverhältnis vorliegt, sobald ein Praktikum eine Dauer von zwei Monaten überschreitet - es sei denn, der Arbeitgeber kann nachweisen, dass es sich immer noch um ein Praktikum handelt." Zudem möchte Kramme einen schriftlichen Vertrag für Praktikanten zur Pflicht machen. Neben der zeitlichen Befristung - ob auf zwei, drei oder vier Monate - ist auch ein Mindestlohn für Praktikanten im Gespräch.

Bereits im Herbst 2006 hatte Sozialdemokrat Franz Müntefering, damals noch Arbeitsminister, Unternehmen mit schärferen Gesetzen gedroht. In der Wirtschaft stieß er damit auf erheblichen Widerstand, Firmen warnten davor, dass überzogene Regelungen junge Menschen um ihre Startchancen im Beruf bringen könnten. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sprach von einem "Horrorszenario" und von "Panikmache". [...]

Freitag, 15. Februar 2008

- Kandidatenvorstellung OV Heinersreuth
Geflügelheim – 20 Uhr
- Matthias Platzeck zu Gast beim OV Marktleuthen
Marktleuthen – 19 Uhr

Samstag, 16. Februar 2008

- Veranstaltung „Jugend und Europa des OV Waischenfeld
mit Staatsminister Günther Gloser
Waischenfeld – ab 13.30 Uhr
- Ehrungsabend des OV Mistelbach
Sportheim – 19 Uhr

Sonntag, 17. Februar 2008

- 40-jähriges Jubiläum OV Rugendorf
Gasthaus Losnitztal – 10 Uhr
- Ulla Schmidt zu Gast bei Petra Ernstberger
Marktredwitz – 10 Uhr
- Florian Pronold zu Gast beim OV Thiersheim
Thiersheim – 14 Uhr

Mittwoch, 20. Februar 2008

- Referat zum Mindestlohn
Neustrelitz – 18 Uhr
- Wahlkampfauftaktveranstaltung OV Schnabelwaid
Gasthaus Freiberger – 19.30 Uhr

Donnerstag, 21. Februar 2008

- Kandidatenveranstaltung des OV Kreuz/Bayreuth
Sportheim SC Kreuz – 19.30 Uhr

Freitag, 22. Februar 2008

- Wahlkampfveranstaltung des OV Schnabelwaid
Gasthaus Gräf, Preunersfeld – 19.30 Uhr
- Abschlussveranstaltung OV Emtmannsberg
Emtmannsberg – 20 Uhr

Sonntag, 24. Februar 2008

- Weißwurstfrühschoppen des OV St. Johannis/Bayreuth
Landgasthof Aichig – 10 Uhr

Montag, 25. Februar 2008

- Besuch der neuen Kinderkrippen in Pegnitz
Pegnitz – 14 Uhr
- Referat zur Sozialpolitik beim OV Baiersdorf
Baiersdorf – 19.30 Uhr

Dienstag, 26. Februar 2008

- MdL Gudrun Peters zu Gast in Gössweinstein und Bischofsgrün
Gössw. und Bischofsg. – 14 Uhr
- Bundesarbeitsminister Olaf Scholz zu Gast in Marktredwitz
Marktredwitz – 17 Uhr

Mittwoch, 27. Februar 2008

- Runder Tisch zum Thema „Kinderarmut“ mit MdB Marlene Rupprecht
Bayreuth – 19 Uhr

Donnerstag, 28. Februar 2008

- Wahlkampfveranstaltung OV Kirchehrenbach
Kirchehrenbach – 19 Uhr

Freitag, 29. Februar 2008

- MdL Ulrich Pfaffmann besucht Hauptschule Betzenstein
Betzenstein – 15 Uhr

Sonntag, 2. März 2008

- Kommunalwahlen in Bayern
Wahllokal – 8 bis 18 Uhr
SPD wählen